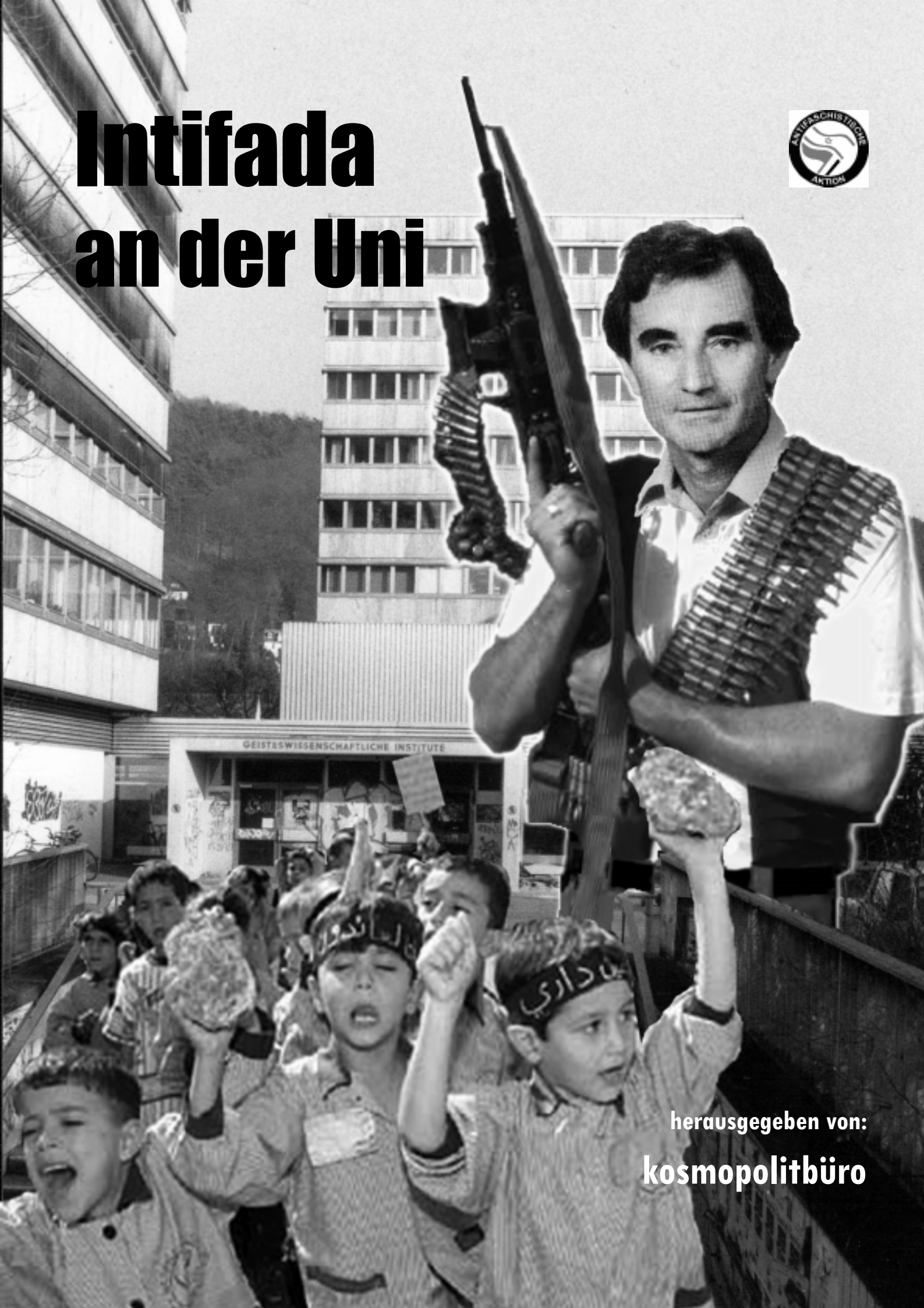


Intifada an der Uni



herausgegeben von:
kosmopolitbüro

Editorial

Nichts zeugt so sehr vom Bankrott der Linken wie das, was aus ihrem Rassismusbegriff geworden ist. Die Kritik des Rassismus meinte einmal die Kritik jeder Borniertheit. Der Rassismus wurde begriffen als Anschlag auf die Idee einer befreiten Menschheit, die ihre Geschicke selbst in die Hand nimmt und die Gesellschaft nach vernünftigen Maßstäben einrichtet. Was heute unter „Antirassismus“ verstanden wird, ist genau das Gegenteil jener Kritik: Parteinahme für jede mögliche Barbarei, wenn sie sich nur das Etikett „selbstbestimmte Kultur“ aufkleben kann. Die Hoffnung auf eine Veränderbarkeit der Verhältnisse ist verschwunden, „links“ sein heißt, noch jede miese Tradition zu rechtfertigen. Den Islam zu kritisieren soll rassistisch sein, weil nach den Vorstellungen der „Antirassisten“ Rassismus darin besteht, daß eine „Kultur“ (warum nicht gleich „Rasse“?) die andere unterdrückt. Die „Kulturen“ selber werden als invariant vorgestellt, das Gegenteil von „Rassismus“ ist Ethnopluralismus, und wehe, einer kritisiert diese Zoologisierung der Menschheit, dann ist er (oder sie) ein mieser Eurozentrist, ein Imperialist und Menschenfeind. „Antirassismus“ heißt, den Menschen, die in islamischen Ländern leben müssen, ins Gesicht zu spucken. Nach Meinung der linken „Antirassisten“ haben sie nichts anderes verdient als den Islam.

Botschaften aus dem hessischen Urwald

Weil wir die islamische Barbarei kritisieren, hat eine „Anarcha“ dem antisemitischen Internet-Stammtisch Indymedia gesteckt, unser Flugblatt über Reinhard Kühnl sei „rassistisch“. Sie schmückt sich, dem völkisch-romantischen Helden der mexikanischen EZLN zu Ehren, zusätzlich mit dem Pseudonym „Subcommandanta Marca“. Der Anarchismus hatte früher, trotz Proudhon und Landauer, immer noch etwas von Kritik an Volk und Staatlichkeit, aber auch das scheint verschwunden zu sein, Anarchismus heißt jetzt selbstverwaltete Armut im Zeichen von Blut und Boden. „Anarcha“ weiß zu berichten, daß in dem Flugblatt „Arafat mit dem palestinensischen Volk gleichgesetzt“ wird und „dessen angebliche Rufe nach einer Vernichtung Israels zu einer generellen Rechtfertigung der Repressiven politik Israels gemacht“ werden. Das steht zwar irgendwie nicht drin, aber macht ja nix, es hätte drin stehn können. Nicht nur Volk und Führer werden von uns verleumdet, sondern auch die autochthone Religion. Wir unterstellen „dem Koran [!], explizit die Vernichtung Israels voranzutreiben“. Eine besonders perfide Untat.

Dabei haben wir bloß Islamisten zitiert, die genau das tun. Lesen müßte man können. „Anarcha“ hat in Gemeinschaftskunde aufgepaßt. Sie weiß, daß dem Islam immer Unrecht getan wird. Damit hat sie es schon fast zum Mufti gebracht und kann eine Fatwa präsentieren: „Der Dschihad fordert aber lediglich einen Verteidigungskrieg (‘So ihr angegriffen werdet ... verfolgt eure Feinde’)“. Das sagt Osama bin Laden auch immer. Der Krieg gegen die USA und Israel ist eben ein „Verteidigungskrieg“. Da kann „Anarcha“ nur zustimmen, und deshalb bezichtigt sie uns des schlimmsten Vergehens, das sie sich vorstellen kann: „Gefordert wurde dann unter anderm bedingungslose Solidarität mit Israel.“ Das hat sie sich ausnahmsweise nicht ausgedacht. Seltsam, obwohl sie immer schimpft, findet sie an dem Flugblatt fast alles „richtig und gut“. Sie will nur nicht sagen was.

Hauptsache, ein eigenes Haus!

Ein kleines Chiapas gibt es schon in Marburg. Eine „kapitalismusfreie Zone“ haben die Besetzerinnen der Wannkopfstraße 13 ausgerufen. Was man sich darunter vorstellen soll? Einen Ort, an dem es keine Heizung und keinen Strom gibt, an dem aber dafür jeder so frei von der Leber weg schwadronieren kann wie er will, so frei, daß sich Antisemiten und andere Menschenfeinde so richtig austoben können. Dort wird keiner rausgeschmissen, wenn er von einer Weltverschwörung der Illuminaten und Rothschilds phantasiert oder Legebatterien Hühner-KZs nennt. Dort fängt man schon mal an mit der kapitalistischen Elendsverwaltung, für die man die EZLN so bewundert¹, etwa in Gestalt eines „Umsonstladens“, in dem man endlich kostenlos an Sperrmüll kommt. Toll, was der Kapitalismus so alles abwirft!

Marburger Jungunternehmer mit pfiffiger Geschäftsidee

Eine weitere kapitalismusfreie Zone ist „Onkel Emma“. Es waren einmal ein paar Autonome, die überlegten sich, wie sie nach dem Studium ihr Geld verdienen und trotzdem gut bleiben könnten. So entstand die Idee vom „antifaschistischen Gemüseladen“, der so hieß, weil bekanntlich alles, was Antifaschisten tun, irgendwie antifaschistisch ist. Das Projekt scheiterte. Ein guter Werbegag, dachten sich andere, und machten „Onkel Emma“ auf. Erklärtes Ziel der guten Onkels ist „die Ausschaltung des Zwischenhandels“ und der Kampf gegen die „Entfremdung“ zwischen

Konsumenten und Produzenten². Böse Zirkulation, gute Produktion, so einfach ist das. Man braucht nicht erst Horkheimer zu bemühen, um das antisemitische Schema wiederzuerkennen³. Der Clou von „Onkel Emma“ ist, daß es nicht einfach ein Gemüseladen, sondern eine „Einkaufsgemeinschaft“ ist, die wie eine Buchgesellschaft funktioniert. Man kennt den Schwindel islamischer Banken: Zinsen sind keine, wenn sie in Form einer Gebühr eingetrieben werden. Genau diese verlogene Masche ist der ultimative Werbetrick der Onkels. Das ist aber noch nicht alles. Den Onkels gelang es, eine ganze Szene davon zu überzeugen, daß sie nur noch bei ihnen kaufen darf, wenn sie nicht daran schuld sein will, daß ein paar Autonome von Sozialhilfe leben müssen und dem Staat auf der Tasche liegen. Selbst die hartgesottensten Anarchos schluckten das sofort und kauften fortan nur noch die teure Gesundheitskost von „Onkel Emma“. Das macht den Onkels so schnell keiner nach. Jeder Supermarktbesitzer träumt von einer solch „persönlichen Beziehung“ („Onkel Emma“) der Kunden zum Geschäft, nicht nur wegen des Umsatzes, sondern auch, wie die Onkels wissen, weil unter dieser Voraussetzung „keine Verluste durch Diebstahl“ entstehen. Die Kundinnen ihrerseits sind begeistert, daß „Onkel Emma“ nicht ganz so teuer ist wie andere Naturkostläden und daß sie etwas Gutes tun, indem sie „die Umwelt weniger belasten“ („Onkel Emma“). Nicht zu vergessen, daß die dort angebotenen Produkte für eine irgendwie alternative Ökonomie stehen, denn entscheidend ist nicht, daß Ware gegen Geld getauscht wird, sondern der mystische Gebrauchswert „Bio“, der den Warencharakter des Produkts sofort zum Verschwinden bringt. Nur aus einem Grund „hat noch kein Chemiker Tauschwert in Perle oder Diamant entdeckt“ (Marx): diese Substanz ist ein *Lebensmittelgift*. Das versteht man wohl erst nach einer Begegnung der dritten Art: „Neben dem Bereich der ökologischen Landwirtschaft sowie dem Fairen Handel sind uns Themen wie Gentechnologie, Esoterik und Anthroposophie begegnet“...

Islamisten und KFZ – Hand in Hand gegen Israel

„Wenn von diesem Zustand aber bekannt und erwiesen ist, daß er Auschwitz implizierte, ist die Welt, die ihn hinnimmt, nicht mehr dieselbe wie jene, die ihn duldet, als seine Implikationen noch unvorstellbar waren. Die Welt, die nach Auschwitz nicht ganz anders ist, ist eine, die Auschwitz bewußt in Kauf nimmt“, schreibt Wolfgang Pohrt in einem Aufsatz über das Tagebuch aus dem KZ Ber-

gen-Belsen von Hanna Lévi-Hass, *Vielleicht war das alles erst der Anfang*. Zum stillschweigenden Einverständnis gesell sich die offene Abwehr aller Versuche, an diesen Zustand zu rühren. So darf man die Reaktion des KFZ auf eine Anfrage verstehen, ob es möglich sei, ihren Raum für eine Veranstaltung mit dem Titel „Nazis und Islamisten – Hand in Hand gegen Israel“ zu mieten. Verdrückt und verlogen, aber zuletzt doch seiner selbst bewußt, kommt hier das Paktieren mit der Barbarei daher.

Das sei ein „heißes Thema“, hieß es, als das Projekt der versammelten KFZ-Riege vorgestellt wurde. Nur laue Themen kommen für eine Veranstaltung im KFZ in Frage, denn in Marburg „gibt es genug Leute, die eine andere Meinung haben“, und die dürfe man nicht verprellen. Da gibt es zum Beispiel den Verein der arabischen Studierenden, auf dessen Demonstration in Marburg am Hitlergeburtstag 2002 „Tod allen Israelis“ gerufen wurde. Dafür haben die KFZ-ler Verständnis, dazu wollen sie sich „nicht inhaltlich äußern“. Das wollen sie „differenziert diskutieren“. Ausgewogenheit ist das oberste Gebot, es müssen um jeden Preis „beide Seiten zu Wort kommen“. Wenn ein Antifaschist auf dem Podium sitzt, muß man einen Faschisten daneben setzen. Oder, wie Karl Kraus einmal beobachtete, wenn „ein Semit“ eingestellt wird, muß eben auch „ein Antisemit“ eingestellt werden. Das nennt man dann „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stärken“. Ganz klar die bessere Alternative zur Selbstverteidigung Israels gegen die erklärtermaßen zu seiner Vernichtung bereiten Nachbarstaaten und bewaffneten Banden, findet das KFZ. Wenn man schon darauf verzichtet, die Auslöschung Israels und seiner Bewohner zu fordern, darf man wenigstens nicht dulden, daß sie sich dagegen wehren.

Es seien ja schon einige „sehr gute Argumente“ gegen die Veranstaltung gefallen, lobte ein offenbar befehlsgewohnter Kerl die ressentimentgeladene Menge, die schon Ermüdungserscheinungen zeigte, und forderte, endlich zur Sache zu kommen: „Weil wir hier alles im Konsens beschließen, plädiere ich verschärft dafür, das zu lassen“. Die Menge verstand den Wink und legte nun erst richtig los. Der Titel der Veranstaltung habe ihr die Haare zu Berge stehen lassen, gestand eine der Wortführerinnen. „Nazis, Islamisten und Israel darf man nicht in einem Atemzug nennen“. Warum nicht? „Differenzieren“ ist Neudeutsch für relativieren und vertuschen, und deshalb ist es hierzulande Ehrensache. Es geht es nicht um Wahrheit, sondern um politische Opportunität. Die Veranstaltung sei „höhnisch zu diesem Zeitpunkt“. Sie könne vielleicht irgendwann mal stattfinden, aber „nicht gerade jetzt, wo ein arabisches Land angegriffen wird“. Wenn ein Staat in die Schußlinie gerät, der von einer Clique beherrscht wird, die bei jeder Gelegenheit zur Vernichtung Israels

und der Juden aufruft, muß man Islamisten und Nazis decken. Sonst geraten noch die anständigen Deutschen in Verdacht, die sich am 6. Februar 2003 in Marburg zu einer „Friedensdemonstration“ zusammenrotteten, um sich, wie es gleich im ersten Redebeitrag hieß, zum „deutschen Vaterland“ zu bekennen. Im Haus des Henkers darf nicht vom Strick gesprochen werden. Das kann man, so die KFZ-Ethikexperten, „moralisch nicht vertreten“.

Den Faschismus nicht den Rechten überlassen

Heutige Antizionisten könnten sich die Arbeit des Formulierens erleichtern, wenn sie sich Friedrich Wilhelm Heinz zum Vorbild nähmen, ein Mitglied der berüchtigten Marinebrigade Ehrhardt, die schon 1919 ihre Helme mit Hakenkreuzen bepinselte. Sie bräuchten nur einige wenige Wörter auszuwechseln, und schon wären längere Passagen aus seinem Buch *Die Nation greift an*, Berlin 1933, tauglich zur Veröffentlichung in der *jungen Welt*: *Wer aber die Kapitulation von Versailles in ihrer antisozialistischen und imperialistischen Bedeutung erkannt hatte, dem durfte die Unterwerfung unter das Diktat der Feinde nur zum Mittel werden, um Zeit zu gewinnen. Der Sieg des französischen Chauvinismus und der Triumph des angelsächsischen Imperialismus konnten nicht rückgängig gemacht oder aufgehoben werden durch eine zu gewinnsüchtigen Zwecken vorgenommene Verlagerung der deutschen Machtverhältnisse. Der Befreiungskampf gegen den Westen ließ sich nur durch eine neue politische Idee, welche die Sache der Nation zu einer Sache des Volkes macht, vorbereiten*. Ersetze „Versailles“ durch „Oslo“, „französischen Chauvinismus“ durch „israelischen Chauvinismus“ und „deutsche Machtverhältnisse“ durch „palästinensische Machtverhältnisse“ – fertig ist das *Antiimp*-Flugblatt. Genau das, was vor 70 Jahren Faschisten von sich gaben, die sich auch als solche bezeichneten, gilt heute nicht nur als links, sondern geradezu als Inbegriff des Linken. Schuld an der Verwechslung von Rechts und Links sind diejenigen Sozialisten, die schon damals den „nationalen Nihilismus des kosmopolitischen Aufklärertums“ verdammt und sich dem Kampf der „Völker“ gegen „den Imperialismus“ verschrieben – wie beispielsweise der spätere Marburger Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth, bekannt wegen seiner politischen Aktionen gegen den Nationalsozialismus. Die Nachplapperer von heute wollen nicht mehr, wie Abendroth Ende der 20er Jahre, mit Faschisten zusammenarbeiten (siehe Seite 13), sondern beschwerten sich, daß die Nazis „linke Inhalte“ geklaut hätten. Die Linke hat das Copyright auf den Faschismus, basta!

Licht aus!

Dann gibt es noch ein paar Oberschlaue, die erklären, daß man nicht für die Aufklärung sein könne, weil die ja bekanntlich zum modernen Antisemitismus führe. Horkheimer und Adorno drehen sich im Grabe um, aber was soll's, sie können sich ja nicht mehr wehren. Die Vertreterinnen dieser interessiert einfachen Sichtweise können offenbar auch nicht lesen, sonst wäre ihnen wohl aufgefallen, daß in „Dialektik der Aufklärung“ keineswegs dazu aufgefordert wird, die Aufklärung auf den Müll zu schmeißen. Der Umschlag von Zivilisation in Barbarei wird gerade NICHT als unabänderlich hingenommen, sondern soll – soweit das nach Auschwitz noch möglich ist – durch die Besinnung der Aufklärung auf sich selbst, zu der „Dialektik der Aufklärung“ ein Beitrag ist, ABGEWENDET werden. In Horkheimers und Adornos eigenen Worten: „Die dabei an der Aufklärung geübte Kritik soll einen positiven Begriff von ihr vorbereiten, der sie aus ihrer Verstrickung in blinder Herrschaft löst“ (Dialektik der Aufklärung, Frankfurt 1998, S. 6). Die Rede von der angeblich zwangsläufigen Selbstzerstörung der Zivilisation entspringt genau dem aufgeklärten Fatalismus, der in „Dialektik der Aufklärung“ kritisiert wird. Wer von der Katastrophe nur redet, um sie als unvermeidlich abzufeiern, muß wohl auch die kalte Gleichgültigkeit gegenüber Israel an den Tag legen, die für diese Sorte linker Seminaristen typisch ist.

Keinen Bock auf Islam

Zum Glück sind nicht alle so blöd wie die deutschen Linken. Die Bewohnerinnen und Bewohner des Iran haben genug von der islamischen Republik. Sie gehen nicht mehr in die Moschee, sondern machen lieber Party. Die Frauen manipulieren die Kleidervorschriften, wo es nur geht. Sie lassen so viel wie möglich von ihrem Körper und ihren Haaren frei, ohne daß es zur Verhaftung führen kann. Das Kopftuch wird immer kleiner und soll weit hinten am Kopf sitzen. Mädchen reißen von zu Hause aus, einige verkleiden sich als Jungs, manche ziehen selbst die Prostitution dem verhaßten Tschador vor. Die Jugendlichen gehen auf die Straßen und rufen „Nieder mit der islamischen Republik!“ und „Referendum, Referendum!“ Sie fordern eine säkulare Demokratie. Um die islamische Führungsriege zu ärgern, haben sie eine Parole erfunden, die scheinbar auf die afghanisch-pakistanischen Taliban gemünzt ist, aber die iranischen Mullahs meint: „Nieder mit den Taliban, in Kabul und Teheran!“ (Taliban = Koranschüler). Solche und ähnliche Sprüche zogen bisher immer Gefängnis und Folter nach sich, werden aber jetzt so oft gerufen, daß die Regierung dagegen nicht mehr viel ausrichten kann. Lehrer fordern die Rückkehr der Kolleginnen und Kollegen, die

aus politischen Gründen entlassen wurden. Streiks, Straßenblockaden und Arbeiterdemonstrationen häufen sich, Ende 2001 kam es zu blutigen Straßenschlachten mit den Sicherheitskräften, Polizeistationen und Regierungsgebäude wurden angegriffen. Die iranischen Arbeiter haben es satt, von einem Hungerlohn zu leben und monatelang überhaupt keine Löhne ausgezahlt zu bekommen. Es ist ihnen zuwider, daß der 1. Mai eine Jubelfeier für die islamische Republik ist, auf der die nationale Einheit von Arbeit und Kapital beschworen wird; deshalb boykottieren sie zunehmend die Kundgebungen von Khaneh Kagar, der staatlichen Arbeiterorganisation, und organisieren ihre eigenen. In Isfahan störten Arbeiterinnen und Arbeiter im Mai 2001 die offizielle Zeremonie, forderten die monatelang nicht gezahlten Löhne ein, attackierten das Podium und zerstörten es und zogen dann in einer Demonstration vor die städtische Verwaltung.

Die Mullahs bekommen langsam weiche Knie, weil sie die Gesellschaft nicht mehr hinter sich haben. Sogar die Kinder der islamistischen Führungsriege halten es im Iran nicht mehr aus und fliehen in die USA. Die Mullahs befürchten, daß es demnächst im Iran überhaupt keinen Islam mehr geben wird. Die Drohung mit Schlägerbanden wie Basiji, Pasdaran und Hizbollah, die als Bürgerkriegsarmeen gegen die Protestbewegung eingesetzt werden, bringt die Bevölkerung nur noch mehr gegen die Regierung auf. Die „Reformer“ werden inzwischen genauso verachtet wie die „Konservativen“. Selbst die Festnahme von Demonstrantinnen und Demonstranten nützt dem Regime nicht mehr viel: die Gefängnisse sind zu Schulen der politischen Bildung geworden. Die Versuche der Regierung, Israel und die USA für die Krise verantwortlich zu machen, greifen immer weniger: eine der Forderungen der Studentenbewegung ist die Beendigung der bedingungslosen Unterstützung für die Palästinenser (*Handelsblatt*, 10. 7. 02). Ein beliebter Slogan lautet: „Hört auf von Palästina zu reden, denkt an uns!“ Hier und da gibt es Aktionen gegen den regierungsoffiziellen Antizionismus: das „Student Movement Committee for Democracy in Iran“ rief Ende 2002 mehrfach zum Boykott antizionistischer Veranstaltungen auf und forderte die Anerkennung des Staates Israel. Der Sturz der islamischen Republik scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Was sagen die deutschen Linken zu dieser Kulturrevolution im Iran? Organisieren sie Solidaritätskundgebungen? Schreiben sie Flugblätter, in denen sie dazu auffordern, es den Iranern nachzutun? Weit gefehlt. Beredtes Schweigen macht sich breit. Warum die deutschen Linken die Solidarität verweigern, ist nicht schwer zu erraten. T. Selec von der Arbeiterkommunistischen Partei Irans trifft den Nagel auf den Kopf:

Ganz simpel: Der bürgerliche Mainstream denkt und argumentiert in nationalen und völkischen Kollektiven, also tut es die Mehrheit der Globalisierungs- und Friedensbewegten und der Linken eben auch. Deutsche Bullen helfen gerade in Kabul mit, so eine Art afghanische Pasdaran wieder mit aufzubauen, damit Frauen, die andere Lebensvorstellungen als die „islamischen Gesetze“ haben, ausgepeitscht werden, was laut Berlin zu ihrer „Kultur und Tradition gehört“. „Kultur, Tradition, Volk“ sind auch in der Mehrzahl der linken Publikationen - und gerade jetzt in Hinblick auf einen drohenden Irakkrieg - heißgeliebte Begriffe. Man mag sich nicht von der Hamas distanzieren, denn sie kämpfen für ihr „Volk“, Selbstmordattentate und Zwangsverschleierung der Frauen sind ihre „Kultur und Tradition“, genauso wie es angeblich zur selbstgewählten „Tradition und Kultur“ des „persischen Volkes“ gehört, in faschistischer Unterdrückung und Diktatur leben zu müssen, was aber alles aus der Ferne betrachtet noch ganz lieb erscheint, denn es ist ja irgendwie „antiimperialistisch“. Nur Bush und deutsche Bullen in Hamburg sind wirklich böse.

Eine säkulare Bewegung im Nahen Osten, die eindeutig unislamisch ist, ist klar gegen die Interessen der Regierung der BRD, und sie sprengt die Hirne der Mehrheit der deutschen Linken, die sich darin eingerichtet hat, daß nur Bush „Nationen und Völker“ in Nahost bedroht und unterjocht. Es scheint viele deutsche Linke eindeutig zu überfordern, dass z.B. im Iran MENSCHEN frei und ohne Angst und ohne islamische Barbarei leben wollen, und kein „Volk“ einen „nationalen Befreiungskampf“ gegen die USA führt.

Finstere Antiimps mit ihrem geistigen Schulterchluß mit den Islamisten und Nazis sind letztendlich eine Nischensekte, aber die Grundlagen ihres Denkens und die allgemeine hiesige Akzeptanz für islamische Faschisten bilden den Mainstream von bürgerlich bis globalisierungsbewegt. „Nation“, „Volk“ und „Kultur“ rules, und in diesen Tagen ganz besonders.

Eine Revolte gegen den Islam paßt einfach nicht in das Weltbild von Leuten, die für Schröder und Saddam Hussein auf die Straße gehen und Aufklärung unter „Eurozentrismus“ abbuchen. Wenn die islamische Republik stürzt, werden sie schön dumm gucken.

Antisemitismus als Studienfach

Dumm geguckt haben vermutlich auch Maria Sporrer und Reinhard Kühnl, als sie die Flugblätter über ihre gemeinsam verbrochene Veranstaltung „Das Problem Israel“ zu Gesicht bekamen. Da uns die Kritik, die wir im Vorfeld geleistet hatten, im Nachhinein doch ein wenig zu harmlos erschien, legen wir jetzt noch eins drauf. Sporrer darf jetzt endlich auch einen Artikel über sich und ihr garantiert

pluralistisches Seminar lesen, und Intifada-Kühnl bekommt in einer Polemik gegen seinen Auftritt und in einer überarbeiteten Fassung des Flugblatts „Das Problem Kühnl“ seine Assoziationsketten Menschenrechte = Demokratie = Sozialismus = Volksgemeinschaft = Völkergemeinschaft = gut und Konkurrenz = Kapitalismus = Imperialismus = Faschismus = USA = Israel = böse auseinandergenommen. Adorno wird erklären, was es damit auf sich hat, wenn von einem „jüdischen Problem“ die Rede ist. Dazu gibt es das Faksimile eines hundertprozentig authentischen Originaldokuments aus dem Seminarordner, das bezeugt, wie es in Frau Sporrer gedacht hat, als sie einmal „jüdische Texte, von jüdischen Menschen geschrieben unter der tödlichen Bedrohung jüdische Texte“ vorgelesen haben wollte. „Es gibt wunderbare Literatur“ über Auschwitz, schwärmte Sporrer, und freute sich schon auf den ästhetischen Genuß. Jean Améry mochte sie nicht hören: der Textvortrag wurde vorzeitig abgebrochen. Es handelte sich nämlich um eine Kritik des Antizionismus, und den wollte sie sich nicht vermiesen lassen. Frau Sporrer hat nichts gegen Juden, sie hat auch nichts gegen „jüdische Texte jüdischer Menschen“ – solange sie das Lernziel Antizionismus nicht in Gefahr bringen.

Berichte aus der national befreiten Zone

Damit „Anarcha“ zukünftig nicht mehr behaupten kann, die Aufrufe von Arafat und seiner Autonomiebehörde zur Vernichtung Israels seien nur „angebliche“, findet sich in diesem Heft auch ein Interview mit Itamar Marcus von Palestinian Media Watch, einer Organisation, die Reden von palästinensischen Politikern, Fernsehsendungen und andere Äußerungen aus der palästinensischen Gesellschaft übersetzt. Mag „Anarcha“ sehn, wie sie damit zurecht kommt.

Wer noch einen Funken Verstand hat, aber von den Verhältnissen in den palästinensischen Gebieten nur das weiß, was gewöhnlich in deutschen Zeitungen steht, dem können die Berichte von Palestinian Media Watch und ähnlichen Organisationen vielleicht begreiflich machen, womit sich Freunde, Bekannte, Eltern und überhaupt fast alle solidarisieren. Wenn den Gestalten aus der Marburger Szene hier mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird als sie eigentlich verdienen, dann deshalb, weil sie ein weit verbreitetes Denken in besonders zugespitzter Form vertreten. Sie stehen stellvertretend für alle sich links oder fortschrittlich gebenden Ignoranten, Vorkämpfer der Entbehrung und Sympathisanten der Barbarei. Antisemitismus und Dummheit sind eine mächtige Allianz eingegangen. Aber vielleicht ist es noch nicht zu spät, etwas dagegen zu unternehmen.

¹ Die EZLN betreibt in den von ihr kontrollierten Dörfern Kommunikationszentren mit Schulen, Gemeinschaftsküchen usw., Einrichtungen, die, wie Subcommandante Marcos zugeht, die Krise nicht beheben können. Während die EZLN trotz ihres völkischen Unfugs von „indigener Kultur“, „Heimat“, „Vaterland“ und vom „Ausverkauf der Nation an das ausländische Kapital“ immerhin das Elend in Chiapas als Zumutung begreift, können sich die Marburger Zapatistas gar nichts Schöneres vorstellen als bäuerliche Subsistenz und

selbstverwaltete Armut – auf daß sie endlich einmal zu „gemeinnütziger Arbeit“ (Selbstdarstellung der Hausbesetzer) herangezogen werden.

² Diese und die folgenden Zitate sind der Selbstdarstellung von „Onkel Emma“ entnommen, die anlässlich der Eröffnung verteilt wurde.

³ Horkeimer zu lesen kann andererseits auch nicht schaden. In seinem Aufsatz „Die Juden und Europa“, in dem er der Entwicklung des liberalen Kapitalismus zum Faschismus nach-

geht, beschäftigt er sich u. a. mit der Ausschaltung des Zwischenhandels: „Der neue Antisemitismus ist der Sendbote der totalitären Ordnung, zu der die liberalistische sich entwickelt hat. [...] Die Vermittlung wird jetzt abgeschafft. [...] Die Sphäre, die für das Schicksal der Juden in doppelter Weise bestimmend war, als der Ort ihres Erwerbs und als das Fundament der bürgerlichen Demokratie: die Sphäre der Zirkulation verliert ihre ökonomische Bedeutung.“

Intifada an der Uni

„Wollen Sie damit etwa sagen, die Selbstmordattentate seien nicht gerechtfertigt?“ empörte sich ein vor Vernichtungswahn schäumender Antisemit in dem Seminar *Der Nahostkonflikt und die sozialistische Internationale*, das im vorletzten Semester von Maria Sporrer angeboten wurde. Auf so etwas hätte man hierzulande, wo die antisemitische Wut auf den jüdischen Staat zum guten Ton gehört, eigentlich gefaßt sein müssen. Als derselbe Feind Israels jedoch den Seminarraum mit Palästinafahnen tapezierte und in der Verkleidung als friedensnobelpreistragender Massenmordpropagandist, als Arafat nämlich, erschien, zum Fernseher marschierte und erst einmal ein Al Dschazeera Propaganda-Video zum Besten gab, weil es ihm gestattet wurde, eine Sitzung inhaltlich vorzubereiten, mußte auch dem letzten klar sein, worum es hier ging: Identifikation mit den palästinensischen Mörderbanden. Auch im letzten Semester konnte Frau Sporrer ein solches Seminar anbieten: „*Israel – Staat und Gesellschaft*“ lautete der unverfängliche Titel, und der Beifall ließ natürlich nicht auf sich warten: „*Dieses Proseminar, geführt von Maria Sporrer, unterscheidet sich von anderen. Das liegt sicherlich an der Aktualität und Brisanz des behandelten Themas*“, schreibt die Fachschaftspostille *G-Gänger*. Der Artikel behauptet, „klare Fakten“ seien „durchaus interpretierbar“, und läßt den deutschen Träumen von einer Welt ohne den Staat der Juden freien Lauf, indem er die antisemitische Argumentation als Frage verkleidet: „*War die Ausrufung des Staates Israel ein Ausdruck von Machtpolitik oder ein völkerrechtlich rechtmäßiger Vorgang? Offenbart der Kampf der Palästinenser gegen den israelischen Staat einen Aufstand gegen eine Besatzungsmacht oder unbegründeten Terrorismus?*“ Könnte es sein, daß der Staat Israel unrechtmäßig ist und weg muß? Ist der antijüdische Krieg vielleicht doch etwas Gutes? – Wer sich mit solchen Fragen quält, ist in Frau Sporrers Seminar gut aufgehoben.

Bereits der Seminarplan versprach dem deutschen Studenten, was er sich aus tiefstem Herzen wünscht: sein Ressentiment auch auf universitärer Ebene auszuagieren. Besonders hob Frau Sporrer eine Sitzung im Dezember hervor, auf welcher „*Texte zur Shoah*“ verlesen werden sollten, oder, wie es im Seminarordner ursprünglich heißen sollte: „*jüdische Texte (...), von jüdischen Menschen (...), jüdische Texte*.“ Als Frau Sporrer ihr Vorhaben mit den Worten „*das schöne [sic!] Gedicht von Paul Celan sollte auf jedem Fall dabei sein*“ unterbreitete, wurde deutlich, daß sie auch gegenüber den Texten von Überlebenden um keine Schmähung verlegen ist. Die *Todesfuge*, über die sie sprach, galt im Deutschland der fünfziger Jahre tatsächlich als der Inbegriff des schönen Gedichtes: selbst Auschwitz, schwadronierten die deutschen Rezensenten, könne im Glanz des Schönen erscheinen, und identifizierten sich mit der „Bewältigung“ und „Entlastung“, die sie in der *Todesfuge* sahen. Paul Celan, der die Vorgänge in Deutschland sehr genau beobachtete, war entsetzt über diese Lesart seines Gedichtes und zog schweren Herzens seine Konsequenzen: „*Auch musiziere ich nicht mehr, wie zur Zeit der vielbeschworenen Todesfuge, die nachgerade schon lesebuchreif gedroschen ist. Jetzt scheidet ich streng zwischen Lyrik und Tonkunst*.“ Als ob es der Beleidigung nicht genug wäre, wurde der Vorschlag, „*das Ganze mal aus Täterperspektive zu beleuchten*“, mit lieblichem Lächeln begrüßt. „*Ich habe da Aufnahmen vom Nürnberger Prozeß, auf denen man hört, wie Keitel weint, weil er nicht glauben konnte, was die Nazis gemacht haben*“, präzisierte der Student sein Anliegen und stieß bei Maria Sporrer auf Begeisterung. „*Dann haben wir ja auch ein bisschen Vielfalt drinne...*“, gab sie dem Nazi-Studenten als Antwort und tat so, als merkte sie nicht, daß es ziemlich schwierig ist, die üblichen „davon-haben-wir-nichts-gewußt“-Lügen des Nazischlächters

Keitel in die Rubrik „*jüdische Texte (...), von jüdischen Menschen (...), jüdische Texte*“ zu sortieren.

Als ein Seminarteilnehmer dann *Der Ehrbare Antisemitismus* von Jean Améry verlas und die Fahne des jüdischen Staates auf eine Leinwand projizierte, fühlte sich Frau Sporrer persönlich angegriffen – und das sollte sie auch, denn die Kritik Amérys entlarvt gerade solche Gestalten wie Maria Sporrer. Kein Wunder also, daß sie mit dem Hinweis, Jean Améry ebenfalls gelesen zu haben, den Text kurz vor seinem Ende abbrach und als Begründung die mangelnde Zeit vorschob. Schließlich sollte ja noch ein Nazimörder zu Wort kommen, wofür glücklicherweise tatsächlich keine Zeit mehr blieb. Weil es verweigert wurde, Jean Amérys Text zuzuhören, sei er in dieser Broschüre noch einmal als Ganzes abgedruckt (siehe S. 7/8).

Im Januar hat Frau Sporrer dann das Thema „*Der Palästinensische Befreiungskampf [!]. Die Fatah, die PLO, die Hamas*“ behandelt. Der antijüdische Krieg palästinensischer Mörderbanden wird zum „*Befreiungskampf*“ mystifiziert, um die vermeintlichen „*Verbrechen*“ Israels, wie zum Beispiel „*die Ungleichbehandlung der israelischen Araber*“, welche bereits im Dezember diskutiert werden sollte, einmal mehr in den Mittelpunkt zu stellen. Indem Frau Sporrer sich auf dem Seminarplan die Frage stellt, ob diese „*Ungleichbehandlung*“ die „*Minimierung eines Sicherheitsrisikos oder Demokratiedefizit*“ sei, wird die Antwort gleich mitgeliefert. Daß dieses „*Demokratiedefizit*“ vor allem darin besteht, daß potentielle Attentäter nicht in die israelischen Verteidigungskräfte aufgenommen werden, es also weder ein vermeintlich rassistisches Wesen der Juden ist, sondern politische Gründe, welche diese Ungleichbehandlung bedingen, spielt im Endeffekt keine Rolle mehr. Mit diesem Konzept werden antisemitische Wahnvorstellungen diskutierbar gemacht, und so ist es auch kein Wunder, daß Frau Sporrers

Publikum ständig interessierte Fragen stellt, die alte Ressentiments heraufbeschwören: einmal möchte jemand wissen, inwieweit „die Juden“ denn als „Imperialisten“ nach Israel gekommen seien, ein anderes Mal weiß jemand vom „imperialistischen Charakter“ Israels zu berichten. Schließlich wußte man über „die Juden“ immer schon zu berichten, daß sie alle reich seien, andere ausbeuten würden und die Fäden in der Hand hielten, mit denen sich das gesamte Weltgeschehen lenken ließe.

Diese analytischen Höhenflüge aus den Köpfen wahnhafter Antisemiten werden von Frau Sporrers Seminarplan bedient: im Februar wurden zwei Texte „zum Verhältnis Israel-USA“ vorgestellt, in denen es unter anderem um „die Israel-Lobby in den Vereinigten Staaten“ ging. Frau Sporrer legitimiert ihre Verschwörungstheorie als wissenschaftlich, indem sie nichts anderes tut als die vulgäre Ansicht, „die Juden in den USA“ hätten die Macht, die Politik der Regierung zu bestimmen, mit anderen Worten zum Ausdruck zu bringen und „wissenschaftlich“ zu unterfüttern. Entsprechend führte das oben bereits erwähnte Arafat-Double im letzten Semester „die Rothschilds und die reichen Juden in den USA“ als Grund dafür an, daß die UNO ge-

gen die angeblichen Machenschaften des jüdischen Staates machtlos sei.

Solchen Leuten redet Frau Sporrer nach dem Mund, und deren antisemitischer Schrott ist ihr einer Diskussion eben so würdig wie alles andere: wenn auf den Antisemitismus des Mufti von Jerusalem hingewiesen wird, kann sie es genauso eingemeinden – oder je nachdem überhören – wie die Frage nach dem „imperialistischen“ Charakter der Juden.

Aber gerade dort, wo Fakten benannt werden, die den falschen Pluralismus entlarven, wird dieses Konzept zwangsläufig durchbrochen. Wenn zum Beispiel ein Seminarteilnehmer von einem antisemitischen Impuls überwältigt wurde, gegen Ende der Sitzung noch einmal „eine Kritik an der Gesellschaft in Israel“ zu formulieren und voller Zufriedenheit kundtat: „dort sind Palästinenser nur Staatsbürger zweiter Klasse“, wirft Frau Sporrer ihrem Schützling ein zärtliches Lächeln zu. Wird im Anschluß daran jedoch auf den Zustand in den palästinensischen Gebieten hingewiesen – „wenn man dort schwul ist oder des Ehebruchs bezichtigt wird, wird man gesteinigt“ – wird der Beitrag als „polemisch“, „undifferenziert“ und „einseitig“ gezeißelt. Genau hier zeigt sich dann, was dieser Plura-

lismus eigentlich ist: Fassade für den offenen Haß auf den jüdischen Staat.

Diese „Diskussion“ über das hierzulande übliche antisemitische Ressentiment und seine damit verbundene Bestätigung gilt es zu denunzieren.

Der Kampf gegen antisemitisches Denken verlangt es, schonungslos vor Augen zu führen, daß sein Inhalt der Mord ist. Auf das antisemitische Argument beschwichtigend einzugehen, ist gerade deshalb ein Fehler, weil es somit zu einem diskutierbaren geadelt wird. Es sei deshalb an dieser Stelle dazu aufgerufen, das Seminar „Israel und Palästina. Der Status quo“, welches Maria Sporrer im kommenden Semester anbieten wird, zu stören, wo es nur geht: Der faule Frieden, hinter dem sich der heimlich und doch ganz offen vollzogene Schulterschluß mit den palästinensischen Mördern verbirgt, verdient es, in seiner ganzen Widerwärtigkeit vorgeführt zu werden. Es gilt deshalb, Frau Sporrer und den anderen Feinden Israels so lange auf den Nerven herumzutampeln, bis sie blank liegen. (tc)

Das Seminar findet Freitags von 9-11 Uhr in Hörsaal 116 statt.

Es denkt: Lyrik von Maria Sporrer, gefunden im Ordner zum Seminar „Israel - Staat und Gesellschaft“

6.12.2002

Dieser Termin ist der Shoa, dem Holocaust gewidmet. Wir wollen das Thema ~~was wir nicht kurserisch sondern~~ eindrücklich behandeln und ich stelle mir vor, ~~daß wir jüdische Texte lesen, von jüdischen Menschen geschrieben unter dem tödlichen Bedrohung jüdische Texte zu~~

~~daß einige von Ihnen~~ ^{das} Texte zur Shoa vortragen. Lyrik oder Prosa ^{werden}

Es gibt wunderbare Gedichte, Briefe, Erinnerungen, ^{Tagebücher (Kommentare)} Literatur, machen Sie sich auf die Suche. ^{ist wobei Frau Sporrer eine tolle}

Einen Schein erhält dann jeder, der den Text schriftlich abgibt, ~~was eine Biografie des Verfassers abgibt mit~~ dazufügr und die eigene Position, die eigenen Gedanken zu der Shoa, dem ^{gezielten} ~~größten Massenmord aller Zeiten~~ abgibt. Mord an 6 Mio europ. Juden abgibt.

"Texte zur Shoa"

Der ehrbare Antisemitismus

Jean Améry

De Gaulle fiel. Manch einem war trüb zumut wie einem Heineschen Grenadier; mir auch, mir auch. Nur leider, dass in New York dem französischen UNO-Delegierten Armand Béard nichts besseres einfiel, als verzweifelt auszurufen (laut „Nouvel Observateur“ vom 5.Mai): „C'est l'or juif!“ Und kein Dementi. Rechter Hand, linker Hand alles vertauscht. Der Antisemitismus schafft's und, wie es einst bei Stefan George hieß: „... er reißt in den Ring.“

Das klassische Phänomen des Antisemitismus nimmt aktuelle Gestalt an. Der alte besteht weiter, das nenn ich mir Koexistenz. Was war, das blieb und wird bleiben: der krummnasige, krummbeinige Jude, der vor irgendwas - was sag ich? - der vor allem davonläuft. So ist er auch zu sehen auf den Affichen und in den Pamphleten der arabischen Propaganda, an der angeblich braune Herren deutscher Muttersprache von einst, wohlkaschiert hinter arabischen Namen, mitkassieren sollen. Die neuen Vorstellungen aber traten auf die Szene gleich nach dem Sechs-Tage-Krieg und setzen langsamerhand sich durch: der israelische Unterdrücker, die mit dem ehernen Tritt römischer Legionen friedliches palästinensisches Land zerstampft. Anti-Israelismus, Anti-Zionismus in reinstem Vernehen mit dem Antisemitismus von dazumal. Der ehern tretende Unterdrücker-Legionär und der krummbeinige Davonläufer stören einander nicht. Wie sich endlich die Bilder gleichen!

Doch neu ist in der Tat die Ansiedlung des als Anti-Israelismus sich gerierenden Antisemitismus auf der Linken. Einst war das der Sozialismus der dummen Kerle. Heute steht er im Begriff, ein integrierender Bestandteil des Sozialismus schlechthin zu werden, und so macht jeder Sozialist sich selber freien Willens zum dummen Kerl.

Den Prozess kann man nutzbringend nachlesen in dem schon vor mehr als einem Jahr in Frankreich bei „Pauvert“ erschienenen Buch „La Gauche contre Israel“ von Givet. Es genügt aber auch, gewisse Wegmarken zu erkennen, beispielsweise eine in der Zeitschrift „konkret“ erschienene Reportage zu lesen: „Die dritte Front“. „Ist Israel ein Polizeistaat?“ heißt da ein Zwischentitel. Die Frage ist nur rhetorisch. Natürlich ist Israel das. Und Napalm und gesprengte Häuser friedlicher arabischer Bauern und Araber-Pogrome in den Strassen von Jerusalem. Man kennt sich aus. Es ist wie in Vietnam oder wie es einstens in Algerien war. Der krummbeinige Davonläufer nimmt sich ganz natürlich aus als Schrecken verbreitender Goliath.

Es ist von der Linken die Rede und keineswegs nur von den noch mehr oder minder orthodoxen kommunistischen Parteien im Westen oder gar von der Politik der Staaten des Sozialistischen Lagers. Für diese gehört der Anti-Israelismus, aufgepfropft auf den traditionellen Antisemitismus der slawischen Völker, ganz einfach zur Strategie und Taktik einer so und so gegebenen politischen Konstellation. Die Sterne lügen nicht, die Gomulkas wissen, worauf sie rechnen dürfen. C'est de bonne guerre! Darüber ist kein Wort zu verlieren.

Schlimmer ist, dass die intellektuelle Linke, die sich frei weiß von Parteibindungen, das Bild übernimmt. Jahrelang hat man - um einmal von Deutschland zu reden - den israelischen Wehrbauern gefeiert und die feschen Mädchen in Uniform. In schlechter Währung wurden gewisse Schuldgefühle abgetragen. Das musste langweilig werden. Ein Glück, dass für einmal der Jude nicht verbrannt wurde, sondern als herrischer Sieger dastand, als Besatzer. Napalm und so weiter. Ein Aufatmen ging durchs Land. Jedermann konnte reden wie die „Deutsche National- und Soldatenzeitung“; wer links stand, war befähigt, noch den Jargon des Engagements routinemäßig zu exekutieren.

Fest steht: Der Antisemitismus, enthalten im Anti-Israelismus oder Anti-Zionismus wie das Gewitter in der Wolke, ist wiederum ehrbar. Er kann ordinär reden, dann heißt das „Verbrecherstaat Israel“. Er kann es auf manierliche Art machen und vom „Brückenkopf des Imperialismus“ sprechen, dabei so nebstbei allenfalls in bedauerndem Tonfall hinweisen auf die missverständene Solidarität, die so ziemlich alle Juden, von einigen löblichen Ausnahmen abgesehen, an den Zwergstaat bindet, und kann es empörend finden, dass der Pariser Baron Rothschild die Israel-Spenden der französischen Bevölkerung Frankreichs als eine Steuer einfordert.

Der Antisemitismus hat es leicht allerwegen. Die emotionelle Infrastruktur ist da, und das keineswegs nur in Polen oder Ungarn. Der Antisemit „demystifiziert“ den Pionierstaat mit Wohlbehagen. Es fällt ihm ein, dass hinter dieser staatlichen Schöpfung immer schon der Kapitalismus stand in Form der jüdischen Plutokratie: Auf diese letztgenannte geht er nicht ausdrücklich ein, das wäre ein ideologischer lapsus linguae, jedoch - c'est l'or juif! - niemand wird sich täuschen über die tatsächliche Bestelltheit eines Landes, das aus einer schlechten Idee geboren, am schlechten Orte errichtet, einen oder mehrere schlechte Kriege geführt und Siege erfochten hat.

Missverständnisse sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Ich weiß so gut wie irgendwer und jedermann, dass Israel objektiv die unerfreuliche Rolle der Besatzungsmacht trägt. Alles zu justificieren, was die diversen Regierungen Israels unternehmen, fällt mir nicht ein. Meine persönlichen Beziehungen zu diesem Land, von dem Thomas Mann in der Josefs-Tetralogie gesagt hat, es sei ein „Mittelmeer-Land, nicht gerade heimatlich, etwas staubig und steinig“, sind quasi null: Ich habe es niemals besucht, spreche seine Sprache nicht, seine Kultur ist mir auf geradezu schmählische Weise fremd, seine Religion ist nicht die meine. Dennoch ist das Bestehen dieses Staatswesens mir wichtiger als das irgendeines anderen.

Und hiermit gelangen wir an den Punkt, wo es ein Ende hat mit jeder berichtenden oder analysierenden Objektivität und wo das Engagement keine freiwillig eingegangene Verbindlichkeit ist, sondern eine Sache der Existenz, das Wort in mancherlei Bedeutung verstanden.

Über Israel, den modischen Anti-Israelismus, den altmodischen, aber stets in jegliche Mode sich wieder einschleichenden Antisemitismus spricht existentiell subjektiv, wer irgendwie „dazugehört“ („Juden, Personen, die im Sinne des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 als Juden gelten“) - und erreicht am Ende vielleicht gerade darum eine Objektivität annähernd naturrechtlichen Charakters. Denn schließlich mündet noch die geistes-schlichteste - genauso wie die gründlichste und gescheiteste - Überlegung in die Erkenntnis, dass dieses Pionierland, und mag es hundertmal nach einer sich pervertierenden pseudo-marxistischen Theologie im Sündenstande technischer Hochentwicklung sich befinden, unter allen Staaten dieses geopolitischen Raumes das gefährdetste ist. Sieg, Sieg und nochmals Sieg: Es droht die Katastrophe, und ihr weicht man auch nicht aus, indem man direkt in sie hineinrennt und Israel zum Teilgebiet einer palästinensischen Föderation macht.

Die arabischen Staaten, denen ich Glück und Frieden wünsche, werden den israelischen Entwicklungsvorsprung einholen, irgendeinmal. Ihr demographischer Überdruck wird das übrige tun. Es geht unter allen Umständen darum, den Staat Israel zu erhalten, so lange, bis Frieden, wirtschaftlicher und technischer Voraugang die Araber in einen allgemeinen Gemütszustand versetzen, der ihnen die Anerkennung Israels innerhalb gesicherter Grenzen gestattet.

Es geht darum. Wem? Die subjektive Verfassung, die zur geschichtlichen Objektivität werden will, hat hier ihre Dreinrede. Israels Bestand ist unerlässlich für alle Juden („Juden, Personen, die im Sinne ...“ und so weiter), wo immer sie wohnen mögen. „Wird man mich zwingen, Johnson hochleben zu lassen? Ich bin bereit dazu“, rief am Vorabend des Sechs-Tage-Krieges der linksradikale französische Publizist und Sartre-Schüler Claude Lanzmann. Der wusste, was er meinte und wollte. Denn jeder Jude ist der „Katastrophen-Jude“, einem katastrophalen Schicksal ausgeliefert, ob er es erfasst oder nicht. „Lauf, blasser Jude“ schreiben die Black-Panther-Männer an die Geschäfte und Häuser jüdischer Händler in Harlem und vergessen leichten Herzens die alte Allianz, die in den USA den Juden an den Neger kettete und die noch der mieseste bürgerlich-jüdische Händler nicht verriet.

Wer garantiert, dass nicht einmal eine Regierung in den Vereinigten Staaten zum großen Versöhnungsfest den Juden dem Neger zum Fraß hinwirft? Wer verbürgt den einflussreichen und zum Teil reichen Juden Frankreichs, dass nicht eines Tages das Erbe der Drumont, Maurras, Xavier Vallat zu neuer Virulenz gelangt? Wer steht ein dafür, dass nicht Herrn Strauss, an die Macht gekommen, irgendwas einfällt, worauf dann auch ein gewisser Zeitungs-Tycoon sich hüten würde, weitere schnöde Spenden einer schnöde zur Annahme bereiten israelischen Regierung zu geben? Niemand garantiert nichts. Das ist keine paranoide Phantasie und ist mehr als die menschliche Grundverfassung der Gefahr. Die Vergangenheit, die allerjüngste, brennt. Und nun wird jeder Freund von der Linken mir sagen, auch ich reihte mich ein in die große Armee derer, die mit sechs Millionen (oder meinestwegen fünf oder vier) Ermordeter Meinungserschreckung treiben. Das Risiko ist einzugehen: Es ist geringer als das andere, welches die Freunde mir proponieren, wenn sie für die Selbstaufgabe des „zionistischen“ Israel plädieren.

Die Forderung der praktisch-politischen Vernunft geht dahin, dass die Solidarität einer Linken, die sich nicht preisgeben will (ohne dass sie dabei das unerträgliche Schicksal der arabischen Flüchtlinge ignorieren muss), sich auf Israel zu erstrecken, ja, sich um Israel zu konzentrieren hat. Das Gebot hat für den nicht-jüdischen Mann der Linken nicht die gleiche Verbindlichkeit wie für Juden, stehe dieser politisch links, mittwegs, rechts oder nirgendwo. Aus der Linken kann man austreten; das Sosein als Jude entlässt niemand, das wusste schon ein Früh-Antisemit wie Lanz-Liebenfels. Freilich hat die Linke ihre ungeschriebenen moralischen Gesetze, die sie nicht beugen darf. „Wo es Stärkere gibt, immer auf der Seite des Schwächeren“, welch unüberschreitbar wahre Trivialität! Und stärker - wer wag-

te Widerrede? - das sind die Araber; stärker an Zahl, stärker an Öl, stärker an Dollars, man frage doch bei der Aramco und in Kuwait nach, stärker, ganz gewiss, an Zukunftspotential. Die Linke aber ganz offensichtlich schaut wie gebannt auf die tapferen palästinensischen Partisanen, die freilich ärmer sind als die Männer Moshe Dayans. Sie sieht nicht, dass trotz Rothschild und einem wohlhabenden amerikanisch-jüdischen Mittelstand der Jude immer noch schlechter dran ist als Frantz Fanons Kolonisierter, sieht das so wenig wie das Phänomen des anti-imperialistischen jüdischen Freiheitskampfes, der gegen England ausgefochten wurde. Am Ende ist es auch nicht die Schuld der Israelis, wenn die Sowjetunion vergaß, was 1948 vor der UNO Gromyko mit schönem Vibrato vorgetragen hat: „Was den jüdischen Staat betrifft, so ist seine Existenz bereits ein Faktum, das gefalle oder nicht (...) Die Delegation der UdSSR kann sich nicht enthalten, ihr Erstaunen über die Einstellung der arabischen Staaten in der palästinensischen Frage auszudrücken. Ganz besonders sind wir überrascht zu sehen, dass diese Staaten oder zumindest einige von ihnen sich entschlossen haben, militärische Maßnahmen zu ergreifen mit dem Ziele, die nationale Befreiungsbewegung der Juden zu vernichten. Wir können die vitalen Interessen der Völker des Nahen Ostens nicht identifizieren mit den Erklärungen gewisser arabischer Politiker und arabischer Regierungen, deren Zeugen wir jetzt sind.“

So sprach, wie schon gesagt, die Sowjetunion, eine Großmacht, die Großmachtspolitik treibt und die wohl a la longue nicht absehen konnte von dem offenbaren Faktum, dass es mehr Araber gibt als Juden, mehr arabisches Öl als jüdisches, dass militärische Stützpunkte in den arabischen Staaten einen höheren strategischen Wert haben als in Israel. Die Linke im weiteren und weitesten Sinne aber, und ganz besonders die protestierende äußerste Linke, der ich mich auf weiten Stecken verbunden weiß, hat diese Grossmacht-Ausflucht nicht. Sie ist, nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten, zur Einsicht verpflichtet; zur Einsicht in die tragische Schwäche des jüdischen Staates und jedes einzelnen Juden in der Diaspora, zur Einsicht in das, was hinter den Kulissen eines jüdisch-bürgerlichen Mittelstandes, hinter dem Mythos des Geld- und Gold-Juden (vom Jud Süß bis zu den kontemporären Rothschilds und ein paar jüdischen Hollywood-Größen) sich verbirgt. Die Juden manipulieren zeitweilig Kapitalien: Sie beherrschen sie niemals. Sie haben heute in Wall Street so wenig zu sagen wie einst im wilhelminischen Deutschland in der Schwerindustrie.

Der Staat Israel ist heute so wenig ein Bollwerk des Kapitalismus, wie er es war, als die ersten Pioniere dort den Boden umgruben, so wenig wie die arabischen Staaten vernünfti-

gerweise als progressiv angesehen werden können. Die Linke macht, das ist der Jammer, die Augen zu. Der Zufall spielte mir gerade einen Text von Hans Blüher zu: „Eine wirkliche Geschichte Europas dürfte nicht so geschrieben werden, wie das bisher geschah, dass nämlich ein Jude einmal hie und da anekdotenhaft vorkommt ..., vielmehr müsste die Darstellung so sein, dass dauernd die geschichtliche Macht des Judentums als eines latenten und ständig mitspielenden Reiches sichtbar wird.“ Der Text könnte wörtlich in einer der zahlreichen pseudointellektuellen arabischen Veröffentlichungen stehen, mit denen die Presse überschwemmt wird. Und von Blüher - aber auch von Streicher, denn allerwegen ebnet der Antisemitismus die intellektuellen Höhenunterschiede ein - könnte stammen, was der Unterrichtsminister des progressiven Staates Syrien an den Generaldirektor der UNESCO schrieb: „Der Hass, den wir unseren Kindern einprägen, ist ein heiliger Hass.“ Es wäre das alles kaum der Aufmerksamkeit wert, und der närrische Blüher könnte im Frieden des Vergessens schlafen, hätte nicht die intellektuelle Linke Westeuropas (einschließlich übrigens einiger vom Selbsthass verstümmelter Juden wie Maxim Rodinson) sich dieses Vokabulars bemächtigt und das vom Wortschatz vermittelte Normensystem angenommen.

Wenn aus dem geschichtlichen Verhängnis der Juden- beziehungsweise Antisemitenfrage, zu dem durchaus auch die Stiftung des nun einmal bestehenden Staates Israel gehören mag, wiederum die Idee einer jüdischen Schuld konstruiert wird, dann trägt hierfür die Verantwortung eine Linke, die sich selber vergisst. „Der Antizionismus ist ein von Grund auf reaktionäres Phänomen, das von den revolutionären progressivistischen anticolonialistischen Phrasen über Israel verschleiert wird“, sagte neulich Robert Misrahi, ein französischer Philosoph, der, gleich dem vorhin zitierten Claude Lanzmann, zur weiteren Sartre-Familie gehört. Der Augenblick einer Revision und neuen geistigen Selbstbestreitung der Linken ist gekommen; denn sie ist es, die dem Antisemitismus eine ehrlose dialektische Ehrbarkeit zurückgibt. Die Allianz des antisemitischen Spießher-Stammtisches mit den Barrikaden ist wider die Natur, Sünde wider den Geist, um in der vom Thema erzwungenen Terminologie zu bleiben. Leute wie der polnische General Moczar können sich die Umfälschung des kruden Antisemitismus zum aktuellen Anti-Israelismus gestatten: Die Linke muss redlicher sein. Es gibt keinen ehrbaren Antisemitismus. Wie sagte Sartre vor Jahr und Tag in seinen „Überlegungen zur Judenfrage“: „Was der Antisemit wünscht und vorbereitet, ist der Tod des Juden.“

Am deutschen Biertisch

Special Guest bei Sporrer: Reinhard Kühnl

Warum ist Reinhard Kühnl bei deutschen Linken eigentlich so beliebt? Vielleicht, weil er dort mit seinem verschrobenen Antifaschismusbegriff offene Türen einrennt, wie zum Beispiel 1996/97, als er sich in die Front der deutschen Feinde Daniel Jonah Goldhagens einreichte, indem er kundtat: „Wir [!] Deutschen dürfen uns den antifaschistischen Widerstandskampf nicht nehmen lassen“. Heutzutage entdeckt Kühnl „das Problem Israel“, wie der Titel seines Vortrages lautete, der den Common Sense deutscher Ideologie bloß ein weiteres Mal reproduziert: das Problem ist Israel und nicht der mordende palästinensische Mob.

Mit dem Seminar von Maria Sporrer hat sich Kühnl den richtigen Ort für seine Ausführungen ausgesucht: dort, wo „Probleme“ ganz offen diskutiert werden können und es keine Rolle spielt, wenn es sich immer wieder um das alte antisemitische Ressentiment handelt, welches im pluralistischen Gewand daher kommt, weiß sich Kühnl unter seinesgleichen. Zwischen Kühnl und dem dumpfen deutschen Studenten besteht schließlich kein Unterschied mehr: letzterer darf sich dank ersterem nun ein bißchen „links“ fühlen und der mittlerweile pensionierte Professor ist den reaktionären Studenten endlich einmal so richtig nahe.

Der Titel seines Vortrages sei „eigentlich ver-harmlosend“, da es sich um „ein ganzes Bündel von Problemen“ handele, begann er seine Zuhörer zu belehren, welche diese Lektion bestimmt nicht nötig hatten. Nachdem er also deutlich gemacht hatte, daß von ihm tatsächlich nichts anderes zu erwarten wäre als Schmähungen gegen den jüdischen Staat, klopfte er sich an seine stolz geschwellte Brust und verkündete, den „Problemkomplex“ „wissenschaftlich“ – „also anders als am Biertisch“ – zu behandeln. Wissenschaft, fuhr er mit zitterndem Vibrato fort, sei „der Wahrheit verpflichtet“ und nicht „der Ausgewogenheit“. Damit wollte Kühnl sagen: seht her, ich kann mein Ressentiment als wissenschaftlich verkaufen.

Anderes als am deutschen Biertisch bekam man von Kühnl indes nicht zu hören: Die Eroberung „palästinensischer Gebiete“ im Verteidigungskrieg von 1967 und der Umstand, daß Palästinenser in Israel „Staatsbürger zweiter Klasse“ seien, hätte zum „Widerstand der

Palästinenser“ geführt. Was Kühnl hier unter „Widerstand“ versteht, begann bereits viel früher:

Nachdem der von der britischen Mandatsmacht in diesen Posten eingesetzte „Mufti von Jerusalem“, Haji Amin el-Husseini zwischen 1936 und 1939 – also während in Deutschland die Synagogen brannten – pogromartige Ausschreitungen im damaligen Palästina organisiert hatte, floh er nach Deutschland, wo er für die muslimischen SS-Divisionen in Bosnien und Herzegowina zuständig war. Während Jugoslawien nach 1945 el-Husseini deshalb auf die Kriegsverbrecherliste setzte, bemühte sich die Arabische Liga mit Erfolg dar-



„Widerstand der Palästinenser“: Amin el-Husseini, Mufti von Jerusalem, 1941 mit Hitler

um, die Auslieferung des Mufti zu verhindern, und so war es möglich, daß palästinensische Nationalisten ihn in den 50er Jahren trotz und wegen seiner Verbrechen im Gaza-Streifen jubelnd empfangen konnten. Später fungierte el-Husseini, der sich mittlerweile im libanesischen Exil befand, als „politischer Mentor“ der später von Arafat angeführten Fatah.

Der antijüdische Krieg gegen Israel läßt sich von heute über den 1948 von arabischer Seite erschallenden Ruf ‚*Treibt die Juden ins Meer*‘ und el-Husseini zurückverfolgen: Arafats Autonomiebehörde unterstützt den Terror von Hamas und Djihad finanziell und bezahlt Selbstmordattentätern ihre Staatsbegräbnisse. In Moscheen und Büchern, im Fernsehen und im Radio, in Zeitungen und Flugblättern wird zum Mord an Juden aufgerufen: So flimmern zum Beispiel Freitagsgebete über den Bildschirm des Fernsehens der palästinensischen Autonomiebehörde, in denen es unter anderem heißt: „Sie (,die Juden‘) sind die Terroristen. Sie sind diejenigen, die geschlachtet und getötet werden müssen, wie Allah der Allmächt-

tige sagt: *Bekämpft sie: Allah wird sie mit euren Händen foltern, er wird sie erniedrigen und euch helfen, über sie zu kommen, und er wird die Herzen der Gläubigen erleichtern...*“

[www.memri.org] Aber Arafats Mörderbanden belassen es nicht dabei, zum Judenmord aufzurufen, sondern übernehmen ihren eigenen Teil am Selbstmord-Terror gegen Israel. So waren es die Al Aqsa Märtyrer Brigaden, ein zu Arafats Fatah gehörender militärischer Arm, der im November letzten Jahres das Kibbuz Metzger angriff und zwei Kinder, deren Mutter, den Vorsitzenden der Kibbuzgemeinschaft und einen weiteren Einwohner ermordeten.

Die israelische Tageszeitung „Haaretz“ schrieb damals: „Besonders tragisch ist der Angriff auf den Kibbuz zu werten, da diese von der linken „Hashomer Hatzair“-Bewegung 1953 gegründete Kommune sich seit Jahrzehnten für den Ausgleich und die Aussöhnung Israels mit seinen arabischen Nachbarn einsetzt und den Abzug Israels aus dem Westjordanland und Gaza unterstützt. Der Kibbuz hat mehrere Kooperationen mit arabischen Dörfern in der näheren Umgebung.“

Daß dieser „Widerstand“ folglich antisemitisch motiviert ist, kommt dem „Antifaschisten“ Kühnl nicht in den Sinn. Er versuchte vielmehr, seine „persönlichen Beziehungen“ zum „Problem Israel“ zu beschwören, indem er an seine Gastprofessur in Tel Aviv erinnerte: „Ein jüdischer Wissenschaftler“ (das Wort „jüdisch“ betonte er besonders), hätte ihm sehr geholfen, „die Probleme in Israel“ zu verstehen. „Walter Grab, muß ich hinzufügen, stand auf Seiten der Friedensbewegung und war im sozialistischen Lager aktiv.“ Dieser Hinweis auf Walter Grabs Engagement in der Friedensbewegung wird von Kühnl als etwas Besonderes hervorgehoben und hat etwas von der Verwunderung des Antisemiten, der es nicht fassen kann, daß ein Jude so gar nicht in das Bild des imperialistischen Kriegstreibers hineinpassen will. Aus diesem Grund wird Walter Grab als Bauchrednerpuppe mißbraucht: „Immer waren die Juden verfolgt. Jetzt haben wir unseren eigenen Staat, und wie gehen wir jetzt mit den Palästinensern um?“ hätte [!] Walter Grab gesagt.“ Kühnl versteckt sich noch nicht einmal hinter einer wirklichen Äußerung seines Vorzeigejuden, sondern legt ihm die eigenen Worte in den Mund. Aber nicht nur Walter Grab

muß erhalten: andächtig verlas Kühnl das Gedicht „Höre Israel“ von Erich Fried, in dem das jüdische Volk ebenfalls mit den Nazis verglichen wird. So etwas traut sich Kühnl natürlich nicht selbst zu sagen, weshalb er andere zitieren muß – und dafür eignen sich Juden besonders gut. Der Gestus ist: die sagen's ja selbst. Israel begehe, so Kühnl, „Völkerrechtsbruch“ und sei ein „Besatzungsregime“, „das hat die Friedensbewegung in Israel selbst gesagt.“

Kühnl würde nun gerne „Kolonialismus“ sagen. Da aber selbst er keine Dokumente aus dem Hut zaubern kann, die belegen, daß Israel zu einem Kolonialreich gehört, hat er sich, um den antizionistischen Diskurs zu bereichern, etwas neues ausgedacht: Israel ist auf – „manches sträubt sich da in mir, das so zu benennen“ – „Siedlungskolonialismus“ gegründet. Das sei eine Form der Kolonisierung ohne „Abstammungsland“. „Die Leute, die da hin kommen, haben kein (...) Vaterland.“ So etwas könne man lediglich mit der Besiedlung der USA vergleichen.

Dem „kritischen“ Kühnl drängt dann sich auch sofort die mittlerweile rhetorische Frage auf, wie „Israel das denn durchhalten kann, wenn das Völkerrecht doch so ist“. Schuld ist, wer hätte das gedacht, die „Hegemonialmacht“ USA. Wo sich kein „Abstammungsland“ finden läßt, müssen die USA eben einspringen. Israel hatte, muß man wissen, schon immer eine „geostrategisch entscheidende Bedeutung“ und wer die „Rohstoffe“ im Nahen Osten haben wolle, wisse man ja. Darüber hinaus sei es ungemein „wichtig, wer diese wichtige Region beherrscht“. „Die Bastion Israel muß“ deshalb für „die USA voll verfügbar sein“, weil es ja den Anspruch der arabischen Staaten gebe, über ihr Öl selbst zu entscheiden, deshalb seien sie für die USA „Schurkenstaaten“. Besonders perfide ist das Argument, Israel hätte so viele UN-Resolutionen gebrochen, „aber der Irak soll dafür bombardiert werden.“ Die unausgesprochene Konsequenz dieser Logik wären Bomben auf Israel.

Das ist dann wohl auch der Sinn der Formel „Israel ist ein normaler Staat“, die Kühnl gleich nachschiebt. Die Konstitution Israels als jüdischer Staat, die sich als Reaktion auf den antisemitischen Vernichtungswahn tatsächlich mit nichts vergleichen läßt, kann auf einmal, wenn es um die Bombardierung geht, nicht normal genug sein. Sie muß dann auch prompt weggelogen werden, und das geht am einfachsten durch ihre Umdeutung in religiöse Legitimationsideologie.

Die jüdische Religion, nach der Gott den Juden das heilige Land Israel versprochen hat, „ist die unausgesprochene Legitimation [für den Staat Israel] bis zum heutigen Tage.“ Das erkläre dann auch, „warum Orthodoxe so viel zu sagen haben“. „Solche Regierungen, also

Sharon und Nethanjahu, benutzen diesen ideologischen Mutterboden, um ihre Politik zu legitimieren.“ Ohne diese Legitimation sei die Politik Israels seit 1948 „Landraub“, habe Walter Grab gesagt, fuhr der Antizionist Kühnl fort, um zu damit sagen: die Politik Israels sei „Landraub“. Die Siedler und das Militär, das nach „Palästina“ „eindringt“, sei „die machtpolitische Ausformung der religiösen Legitimation“, und Sharon spiele auf „der Klaviatur der Ängste“, um damit Machtpolitik zu machen. Ein Recht auf Verteidigung für Israel gibt es in den Projektionen eines Reinhard Kühnl nicht, und daß es den Juden seit jeher um nichts anderes als Macht, Öl und letztlich um Geld ginge, gehört zum Standardrepertoire antisemitischer Argumentation.

Zum Schluß seines Vortrages sprach sich Kühnl gegen die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge nach Israel aus, denn das könne Israel nicht leisten. Was man aber erwarten könne, sei Entschädigung, „so wie es auch der Bundesrepublik nach 50jährigem Hinhalten aufgenötigt worden ist.“ Nun müßten also auch Israel entsprechende Zahlungen „aufgenötigt“ werden, denn schließlich sind Auschwitz und die „Vertreibung der Palästinenser“ in Kühnls Kopf das Gleiche.

Reinhard Kühnls Vorschlag für Frieden ist an Dummheit gar nicht mehr zu überbieten: wenn man sich darüber bewußt würde, daß das Mittelmeer ja „recht klein“ sei, dann würde man merken, daß die arabischen Staaten ja „unsere“ Nachbarn seien, und mit denen müsse man dann den „US-Imperialismus“ hemmen. Die beschworene Einheit deutscher und islamistischer Antisemiten versus die USA und Israel, welche für Kühnl spätestens jetzt zu ein und demselben wurden, offenbart die Projektionsleistung in ihrer ganzen Absurdität und reduziert sie auf folgende Gleichung: Israel = USA = Imperialismus = an materiellen Interessen orientiert = gegen das Völkerrecht = böse.

Auf die Frage, weshalb er den palästinensischen Terror mit keinem Wort erwähnt habe, aber die gesamte Zeit lang über die angeblichen Aggressionen Israels schwafele, antwortete Kühnl folgendes: „Vielleicht fällt Ihnen auf, daß ich das Wort ‚Terror‘ bis jetzt noch gar nicht benutzt habe. Dann müßte man nämlich zunächst erst einmal definieren, was Terror ist, und das ist für mich immer noch eine Staatsaktion. Im Vergleich zu einer solchen ist das, was in Israel passiert, marginal (!).“ – Für Kühnl ist es „marginal“, wenn Juden in die Luft gesprengt werden. Diese Aussage aus dem Mund eines „Antifaschisten“ kann schließlich nicht mehr verwundern: wer die Einheit der deutschen EU und der Islamisten gegen die USA und Israel als Lösung des „Problems Israel“ anbietet, kalkuliert den Judenmord ein. (tc)

Theodor W. Adorno: „Studien zum autoritären Charakter“, S.125f.:

Der Ausdruck „Problem“, dem Bereich der Wissenschaft entnommen, wird dazu benutzt, den Anschein eindringlicher und verantwortlicher Überlegung hervorzurufen. Wer auf ein „Problem“ hinweist, behauptet implizit persönliche Distanz vom fraglichen Gegenstand, gibt Objektivität vor. Das ist eine ausgezeichnete Rationalisierung für Vorurteile, denn es wird der Eindruck erweckt, als sei die eigene Haltung nicht subjektiv motiviert, sondern das Ergebnis angestrebten Nachdenkens und gereifter Erfahrung. [...] Sobald die Existenz eines „jüdischen Problems“ zugestanden wird, hat der Antisemitismus seinen ersten Sieg erschlichen; ermöglicht durch die äquivoke Natur des Ausdrucks, der sowohl einen Gegenstand neutraler Analyse als auch, wie der alltägliche Gebrauch des Wortes „problematisch“ für eine dubiose Sache andeutet, etwas Negatives bezeichnen kann. [...] Während der Anschein der Objektivität gewahrt bleibt, wird stillschweigend unterstellt, daß die Juden das Problem sind, und zwar ein Problem für die übrige Gesellschaft. Es ist nur ein Schritt von diesem Standpunkt zu der Ansicht, daß dieses Problem - seinen eigenen speziellen Erfordernissen, also der problematischen Natur der Juden gemäß - behandelt werden muß, und das dies selbstverständlich die Grenzen demokratischen Verfahrens überschreiten wird. Überdies verlangt das „Problem“ nach einer Lösung, und sobald die Juden selbst als dieses Problem abgestempelt sind, werden sie zu Objekten, nicht nur für „Richter“ mit höheren Einsichten, sondern auch für die Vollzieher einer Aktion.

Die neue Volksfront

Ein deutscher Professor entdeckt „das Problem Israel“

Daß Israel „ein Problem“ ist und Mörderbanden wie die Hamas ein heiliges Recht haben, Juden umzubringen, ist unter Islamisten und anderem braunem Pack Konsens. „Dieser zionistische Fremdkörper im Herzen der Islamischen Welt darf unter keinen Umständen bestehen bleiben“, dekretieren die islamischen Faschisten vom Magazin *Explizit* und fordern, alle Verhandlungen einzustellen, weil „das Problem ‘Israel’ für uns keine Grenzfrage, sondern eine Existenzfrage ist“. Was wäre ein Pogrom ohne ein juristisches Gutachten, aus dem hervorgeht, daß es zur Vollstreckung ewiger und unverbrüchlicher Rechte begangen wird? *Explizit* macht vor, wie es geht: „Der gesamte Boden Palästinas ist seit seiner Eroberung unter dem Kalifen Omar ibn Al-Khattab Eigentum der Islamischen Umma [Gemeinschaft]“. Wer den Staat Israel anerkennt, begehe „Verrat an Allah, seinem Gesandten und den Gläubigen“. Es könne auf den Zionismus nur eine Antwort geben: den Jihad: „Allah der Erhabene befiehlt: [...] ‘Und tötet sie, wo immer ihr sie zu fassen bekommt und vertreibt sie von wo sie euch vertrieben haben!’“ (Explizit, März-Juni 2002).

So weit wagen sich die deutschen Friedensfreunde bisher nicht vor. Doch im Grundsatz ist man sich einig: „Das Problem heißt Israel“ (FAZ, 9. 12. 01). Gäbe es Israel nicht, herrsche auf der Welt Frieden und Gerechtigkeit, raunt es aus allen Ecken, und ohne daß sich irgendwer verabredet hätte oder sich auch nur der Übereinstimmung bewußt wäre, formiert sich derzeit eine Querfront, die von NPD über sämtliche politischen Parteien bis hin zu PDS und DKP reicht und vom Mob der deutschen GlobalisierungsgegnerInnen, Friedensbewegten und NationalbolschewistInnen angeführt wird.

In dieser Situation entdeckt nun auch ein Marburger Emeritus, der als Faschismustheoretiker bekannt ist und von Gewerkschaftslinken gerne zu motivierenden Vorträgen eingeladen wird, „das Problem Israel“. So der Titel eines öffentlich angekündigten Vortrages, den der vermeintliche Antifaschist Reinhard Kühnl im Rahmen eines Seminars über Israel bei Maria Sporrer hielt. Dieser Titel ist an sich schon eine Unverschämtheit. Er verspricht einen Flirt des Antifaschisten mit dem Antisemitismus, also gerade das, wonach sich das deutsche Publikum die Finger leckt. Kühnl hielt, was er versprach (Siehe S. 9/10).

Es ginge an der Sache vorbei, wollte man Kühnl Verrat an seinen früheren Überzeugungen vorwerfen. Bei näherer Betrachtung stellt sich nämlich heraus, daß sein Ideal eines friedlichen, harmonischen Rechtszustandes, auf der

auch seine faschismustheoretischen Erörterungen basieren, ohne einen Bösewicht, der für das Scheitern des Ideals verantwortlich sein soll, nicht zu haben ist.

Reinhard Kühnl erkämpft das Menschenrecht

Schon seit Jahren propagiert Kühnl die allgemeine Durchsetzung des Rechtszustandes, den er durch den in der bürgerlichen Gesellschaft praktizierten Konkurrenzkampf, in dem das Recht des Stärkeren herrscht, behindert sieht. Er glaubt, auf Grundlage der Menschenrechte eine „politische und moralische Alternative zum real existierenden Kapitalismus“ formulieren zu können: „Die allgemeinen Menschenrechte setzen die Gleichheit der Rechte für alle Menschen voraus, und sind eine Negation dieses anderen Prinzips: Naturgesetz ist, daß der Stärkere sich durchsetzt, und der Schwächere auf der Strecke bleibt.“¹ Jede Verrechtlichung der gesellschaftlichen Beziehungen betrachtet Kühnl als Fortschritt hin zu einem Zustand, in dem die Gewalttätigkeit der Beziehungen zwischen den Menschen verschwunden und die Ideale der französischen Revolution verwirklicht sein sollen. Diesen Zustand stellt sich Kühnl einigermaßen paradiesisch vor. Deshalb setzt er ihn mit dem von Marx und Engels angestrebten Verein freier Menschen gleich.

Die Bezugnahme auf Marx und Engels beruht auf einem interessierten Mißverständnis. Denn gerade das, was Kühnl sagt, ist schon von Marx vernichtend kritisiert worden. Denjenigen, die wie Kühnl in Geld oder Kapital eine Verfälschung von Freiheit und Gleichheit sahen, hielt Marx entgegen, „daß der Tauschwert oder näher das Geldsystem in der Tat das System der Gleichheit und Freiheit ist und daß, was ihnen in der näheren Entwicklung des Systems störend entgegentritt, ihm immanente Störungen sind, eben die Verwirklichung der Gleichheit und Freiheit, die sich ausweisen als Ungleichheit und Unfreiheit“². Freiheit, Gleichheit und Eigentum, die in der *déclaration des droits de l’homme et du citoyen* von 1789 festgeschrieben wurden, sind die *juristischen Formen*, in denen sich das Kapitalverhältnis durchsetzt. Jede Erniedrigung oder Kränkung, die die Individuen in der bürgerlichen Gesellschaft erfahren, ist vermittelt durch die Freiheit und Gleichheit, in der sie sich auf dem Markt gegenüber treten. Die Sphäre der Warenzirkulation ist, wie Marx spottete, „in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte“³. Daß die unmittelbaren Produzenten nach getaner Arbeit

genauso arm sind wie zuvor, während der produzierte Reichtum beim Unternehmer verbleibt, ist durchaus kein Unrecht, sondern im Arbeitsvertrag, einem Kontrakt zwischen freien und gleichen Rechtssubjekten, vorgesehen. Nicht nur bei der Ausbeutung geht es im Kapitalismus ungeheuer legal zu. Was Kühnl für den ultimativen Verstoß gegen die Menschenrechte hält, die Konkurrenz, ist von der Konstitution des bürgerlichen Rechtssubjekts gar nicht zu trennen. Die Menschenrechte schaffen den Krieg aller gegen alle nicht ab, sondern stiften ihn als allgemeine Konkurrenz der Privateigentümer immer wieder neu. Das heiligste aller Menschenrechte, die Freiheit des Privateigentums, „läßt jeden Menschen im andern Menschen nicht die *Verwirklichung*, sondern vielmehr die *Schranke* seiner Freiheit finden“ (Marx)⁴. Oder, anders ausgedrückt, hier heißt es „Er oder ich“ (Kühnl). Weil der Krieg aller gegen alle nicht zu einem Gemetzel, sondern zum nationalen Reichtum führen soll, unterwirft ihn der Staat als „common Power to keep them all in awe“ (Hobbes)⁵ bestimmten Regeln: Morden und Plündern ist verboten. Es bedarf einer über der Gesellschaft stehenden institutionalisierten Zwangsgewalt, die über die Einhaltung des prekären Friedens wacht. Nur wenn man Polizeiknüppel, Gefängnis und finalen Rettungsschuß nicht als Gewalt betrachtet, kann man behaupten, daß diese mit der Durchsetzung der Menschenrechte verschwindet.

Obwohl auch Kühnl dazu neigt, den Mehrwert als Raub zu betrachten, den sich die Kapitalisten durch ein quasi-feudales Privileg und allerhand kriminelle Machenschaften („Wirtschaftskriminalität“) unter den Nagel reißen, geht es noch nicht sofort los mit der Fahndung nach den Störern, die die Menschenrechte in ihr Gegenteil verkehrt haben sollen. Ein bißchen ist dann doch von der Marxschen Kritik der Menschenrechte hängengeblieben. Kühnl kommt der Wahrheit ziemlich nahe, wenn er feststellt, daß der Widerspruch zwischen der bürgerlichen Klassenherrschaft und dem aufklärerischen Pathos der Befreiung der Menschheit „schon in der Deklaration der Menschenrechte angelegt“ gewesen sei, und fragt: „Was bedeutet ‘Gleichheit’? Und wie ist deren Beziehung zur ‘Freiheit’ zu bestimmen?“ Ganz kurz ist etwas von jenem aufklärerischen Pathos zu spüren, das einmal die Kritik der bürgerlichen Verhältnisse beseelte. Die Möglichkeit einer befreiten Menschheit blüht auf – und ist einen Augenblick später schon wieder vergessen. Kühnl dementiert alles mit dem unmittelbar folgenden Satz: „Konkret: Sollten auch die Besitzlosen das Wahlrecht erhalten oder gar soziale Rechte?“⁶ Das ist für Kühnl

der Gipfel der Emanzipation: die Erweiterung der Menschenrechte um „politische und soziale Rechte“ für die Besitzlosen. Man braucht nicht einmal am Lack zu kratzen, um seine schäbige Utopie zum Vorschein zu bringen. Kühnl erweist sich als würdiger Erbe des Kathedersozialismus, der Zuckerbrot-und-Peitsche-Philosophie preußischer Pfaffen und Professoren: Die Besitzlosen sollen besitzlos bleiben und zur Belohnung für ihren Verzicht auf die Revolution der Segnungen des sozialdemokratisch reformierten Volksstaates teilhaftig werden.

Der ehrliche Nationalsozialismus

Die Menschenrechtserklärung von 1948, mit der Kühnl triumphierend herumwedelt, verleiht jedem, der zu verhungern droht, das Recht auf „Hilfsmittel“. Wie eine Gesellschaft aussieht, die solcher Rechte bedarf, liegt auf der Hand: Nur wo der Normalzustand der ist, daß sich die Menschen nicht sicher sein können, ob sie die nächsten Wochen überleben – und das können sie nicht, weil sie bloß Anhängsel eines selbst-referentiellen Prozesses (nämlich des Verwertungsprozesses) sind, der sie mit steigender Produktivität überflüssig macht – kommen sie auf solche Ideen. Was das bringt, kann man in Afrika, Asien, Lateinamerika und überhaupt fast überall sehen. Nur dort, wo die Nationalökonomie profitabel genug ist und die Grenzen für Einwanderer dicht sind, kann sich der Staat den Unterhalt nutzloser Esser leisten. Die Ausnahme bestätigt die Regel: Was unter „Hilfsmitteln“ zu verstehen ist, liegt in der Willkür des jeweiligen Staates, und in der Krise gibt die Nationalökonomie eben nicht viel her. Die „sozialen Menschenrechte“ können das Elend nicht abschaffen. Statt dessen werden in ihnen die Verhältnisse bejaht, die die Menschen in Almosenempfänger verwandeln und sie auf Gedeih und Verderb an den Staat ketten. Die Nationalökonomie, die die Menschen erst in ihre lebensbedrohliche Lage bringt, verwandelt sich in eine Einkommens- und Almosenquelle, die gehegt und gepflegt werden will. Der Staat, der den üblen gesellschaftlichen Zustand durch Polizeigewalt aufrechterhält, mutiert zum besten Freund des kleinen Mannes, der ihm einen Schein zusteckt.

Die Versöhnung mit dem geläuterten Staat ermöglicht die Demokratie, die Regierung mit Zustimmung der Regierten. Kühnl berauscht sich an den Zauberwörtern „Volksouveränität“ und „Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Der in den Menschenrechten „angelegte“ Widerspruch zwischen Freiheit und Zwang ist verschwunden: Freiheit und

Zwang fallen jetzt unmittelbar zusammen. Alles ist gut. Nur seltsam, irgendwie will sich das versprochene Paradies nicht so recht einstellen. Das ist Kühnl natürlich nicht entgangen, und darum fällt ihm etwas ein: Menschenrechte und Volkssouveränität seien eben noch nicht genügend „verwirklicht“. Wenn sie es wären, so Kühnl, lebten wir im Sozialismus. Was auf den ersten Blick nach einer Kritik der kapitalistischen Verhältnisse aussieht, läuft auf ihre Bestätigung hinaus, denn Kühnl kann sich unter Sozialismus nur die Verlängerung und Vollendung des Bestehenden, des sozialen Volksstaates, vorstellen. Die Versöhnung mit dem Kapital, der Fluchtpunkt aller sozialdemokratischen Bestrebungen, wäre tatsächlich erst vollendet mit einer „demokratischen Gestaltung“ (Kühnl)⁷ der kapitalistischen Produktion. Wer ist bloß daran schuld,



daß es noch nicht so weit ist? Der Widerspruch zwischen Freiheit und Zwang, der in Wirklichkeit natürlich doch nicht verschwunden ist, taucht wieder auf als empirischer Gegensatz: hier der Volkssouverän, der nach der Verwirklichung der „Menschenrechte“ = „Sozialismus“ = Sozialdemokratie strebt, dort eine Bande von Schurken, die versucht, ihn daran zu hindern. Das Täterprofil ist klar. Der Bösewicht ist Propagandist alles dessen, was der „politischen und moralischen Alternative“ entgegensteht – und nun versteht man, was Kühnl mit „Konkurrenz“ meint: der egoistische Bürger, dem es an Gemeinsinn mangelt und der einfach nicht einsehen will, daß der Staat, der ihn an die Kandare nimmt, seinen Schrecken dadurch verliert, daß er neben Peitschenhieben auch Zuckerbrot zu verteilen hat. Der an sich gute Staat, der eine soziale Demokratie sein könnte, ist durch böse Kapitalisten und ihre Freunde gekapert worden. Der Inbegriff der Usurpation ist deshalb die Steuerhinterziehung, mit der die Kapitalisten das Volk um das betrügen, was ihm legal zusteht. Da gilt es allerlei Verschwörungen aufzudecken, mit denen „der enorme und ständig wachsende gesellschaftliche Reichtum gezielt in die Hände einer kleinen privaten Minderheit geleitet wird“⁸.

Kühnl beruft sich bei alledem auf die französische Revolution. Hinter der jakobinischen Maske schaut aber bloß der postfaschistische deutsche Souverän hervor. Wie sein Lehrer Wolfgang Abendroth begeistert sich Kühnl für das Grundgesetz, besonders für Artikel 14, der u. a. besagt, daß der Gebrauch des Kapitaleigentums nicht nur dessen Vermehrung, sondern „zugleich dem Wohle der Allgemeinheit“ dienen müsse. Robespierre, lehrt Kühnl, habe diese famose Einrichtung erfunden. Doch erst der Nationalsozialismus brachte das Prinzip „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ so richtig zu Ehren. Er schuf nicht nur die Autobahnen, auf denen die Bundesbürger später mit ihren KdF-Autos herumfahren, sondern auch ein Element der Verfassung, auf das die Mütter und Väter des Grundgesetzes besonders stolz sind: Die berühmte „Wertordnung“ („FDGO“),

die dem geschriebenen Gesetz vorgeordnet ist, der Erkenntnis entzogen bleibt und deshalb von einem Gremium ausgelegt werden muß, das keinen Widerspruch duldet, dem Bundesverfassungsgericht. Sie hieß natürlich zu NS-Zeiten ein wenig anders, nämlich „Grundsätze des Nationalsozialismus“⁹. Die Maximen der faschistischen Solidargemeinschaft von Kapital und Arbeit finden sich, demokratisch aufgemöbelt, in der „FDGO“ wieder. Spätestens seit dem KPD-Verbotsurteil ist bekannt, daß Parteien nach Art. 18 dazu verpflichtet sind, für den

„Ausgleich der ‘Klassegegensätze’“ (BverfGE 5,85) zu sorgen. Es ist nur folgerichtig, wenn im Grundgesetz festgeschrieben wird, das Kapital müsse, wie die entsprechende Wendung im NS-Jargon lautet, schaffendes statt raffendes Kapital sein.

Daß die Formel von der „Sozialbindung des Eigentums“ nur eine neue Version der NS-Parole „Gemeinnutz vor Eigennutz“ ist, hindert Kühnl nicht daran, sich stolz auf sie zu berufen. Gerade diese Norm, halluziniert er, sei ein Schritt hin zum Sozialismus; sie müsse nur erst „realisiert“ werden¹⁰. Schon jetzt sei die Sozialstaatlichkeit „eine Barriere gegen die Wirkungsmacht faschistischer Ideologien“¹¹.

Demokratisiert und in Sozialpartnerschaft umbenannt, wird die Volksgemeinschaft für Kühnl annehmbar, ja ein Ausweis antifaschistischer Läuterung. Entsprechend sieht dann auch die Faschismuskritik aus: Der Nationalsozialismus erscheint weniger als Massenverbrechen denn als Verschwörung, pardon: Bündnis, geschmiedet gegen den Volkssouverän. Hitler ist als Prophet des Konkurrenzkampfes, der mit den egoistischen Bürgern, den alten Feinden des Sozialstaats, unter einer Decke steckte, für Kühnl Prototyp des liberalistischen Schurken. Kühnl wirft ihm

allen Ernstes vor, die Deutschen um die Volksgemeinschaft betrogen zu haben: „Volksgemeinschaft wird als bereits bestehend, mit der Existenz des Volkes von Natur [!] aus gegeben dargestellt, so daß die bestehende Herrschaft als gerechtfertigt erscheint und eben diejenigen, die die Klassenherrschaft überwinden und die wirkliche Volksgemeinschaft damit erst herstellen wollen, als Unruhestifter und Volksfeinde diffamiert werden können.“¹² Hitler war also ein Betrüger. Doch gab es da nicht auch „subjektiv ehrliche“ Nationalsozialisten, die das richtige wollten? Wer sucht, der findet. Der Strasser-Flügel der NSDAP habe, so Kühnl, „die theoretische Basis des Marxismus übernommen“ und sich gegen „die Reduzierung des nationalen Sozialismus auf den Antisemitismus“ gewandt, ja eine „eindeutig klassenkämpferische Linie“ vertreten¹³. Eben deshalb sei er 1934 von dem heuchlerischen, mit dem Monopolkapital verbandelten Hitler ausgeschaltet worden. Man begreift, warum Kühnl bei jeder Gelegenheit betont, eine Ideologie müsse Momente der Wahrheit enthalten, um Anhänger zu finden.

Volksgemeinschaft heißt jetzt Völkergemeinschaft

Jeder Staat kann gegen jeden anderen seinen Anspruch auf Souveränität geltend machen. Er selbst definiert, bis wohin sein Gewaltmonopol reicht, und wenn ihm ein anderer Staat in die Quere kommt, führt er Krieg oder gibt jedenfalls zu verstehen, daß er es könnte. Der Kriegszustand reproduziert sich im Verhältnis der Staaten untereinander. Zwischen ihnen gilt das Recht des Stärkeren. Wäre es anders, hielten sich die Staaten keine Armeen, und Verteidigungsministerien wären unbekannt. Peinlich für die Fans des angeblich gewaltfreien Rechtsstaats. Doch Kühnl gibt sein Ideal so schnell nicht auf.

Deshalb nimmt er Zuflucht zu einem alten Projekt: der Stiftung von Frieden durch das Völkerrecht, das durch eine überstaatliche Instanz, den Völkerbund, garantiert werden soll. Daß es sich um eine Illusion handelt, hat noch der Hobbes-Schüler Kant halb durchschaut, indem er zugab, daß die Idee des Völkerrechts „die *Absonderung* vieler von einander unabhängiger benachbarter Staaten“ voraussetzt, also einen Zustand, der „an sich schon ein Zustand des Krieges ist“¹⁴. Kühnl ist dann auch bescheiden und verlangt lediglich die Bindung von zwischenstaatlicher Gewalt an Recht, also nicht die Abschaffung des Krieges, sondern bloß seine Regelung. Da er aber unfähig ist *zuzugeben*, daß die von ihm idealisierte UNO grundsätzlich nicht imstande ist, einen Zustand ohne Kriege zu stiften, schiebt er die Schuld daran den USA zu: sie sabotierten das Völkerrecht, indem sie das „Recht des Stärkeren“, das „Rambo-Prinzip“ kultivierten und eine „Demokratisierung der UNO“ verhinder-

ten¹⁵. Soll heißen, die USA beharren auf ihrer Souveränität, die die UNO-Vollversammlung ihnen streitig machen will, und widersetzen sich einer Schwächung des Sicherheitsrats, in dem bekanntlich Deutschland keinen festen Sitz hat, dafür aber die Siegermächte des zweiten Weltkriegs. Das Muster „Konkurrenz vs. Demokratie“ wiederholt sich, nur daß die Volksgemeinschaft diesmal Völkergemeinschaft heißt. Strasser läßt grüßen: Schon 1926 stand bei der „nationalsozialistischen Linken“ (Kühnl) ein „Bund der unterdrückten Völker“ auf dem Programm, ein Völkerbund ganz ohne die Imperialisten von der Entente. Eine UNO, wie sie Kühnl vorschwebt, würde sich von den USA nur dadurch unterscheiden, daß in ihr deutsche Hilfsvölker das Sagen hätten, die statt des liberalen Kapitalismus den Volksstaat zum Ideal erhoben haben; ansonsten würde sie genau das tun, was Kühnl den USA vorwirft: „Der Krieg fungiert hier als Bestrafung für eine als Unrecht definierte Handlung des Anderen“¹⁶.

Die Idealisierung der Rechtsverhältnisse führt, wenn sie begleitet ist von Ressentiments gegen die rechtlich verfaßte Gesellschaft, also fast immer, zu der Fahndung nach dem Bösewicht, der schuld sein muß, daß von der angeblich doch verwirklichten Versöhnung der Menschheit keine Rede sein kann. Nehmen in seinen älteren Vorträgen einzig die USA die Rolle des Schurken ein, scheint sich Kühnl nun der Position der UN-Vollversammlung selbst anzunähern, die diese letztes Jahr in Durban formulierte: Israel ist an allem schuld.

Israel

Mit schlafwandlerischer Sicherheit findet Kühnl zum klassischen Feindbild der deutschen Ideologie zurück. Steuerhinterzieher und Faschisten entpuppen sich als Ersatzobjekte, die irgendwann langweilen, und es kommt der Augenblick, in dem nur noch diejenigen als Schurken interessant sind, denen in Deutschland traditionell diese Rolle zugeschoben wird: die Juden und die USA. Natürlich würde sich Kühnl niemals zum Antisemitismus bekennen – einige seiner besten Freunde sind Juden –, aber dafür gibt es ja den Antizionismus: statt die Juden direkt zu beschuldigen, erklärt man die einzige Verteidigungsmaßnahme gegen den überall grassierenden Antisemitismus, die ihnen nach der Katastrophe noch blieb, die Gründung des Staates Israel, für ein Verbrechen. So reiht sich Kühnl in die Front derjenigen ein, die es den Juden übelnehmen, daß sie nach Auschwitz immer noch den Frieden stören. Juden haben Opfer zu sein, andernfalls werden sie, wenn es nach den Antizionisten geht, dazu gemacht. Es bleibt zu hoffen, daß sich Kühnl und seine Freunde an dem „Problem Israel“ die Zähne ausbeißen. (nf)

¹ Reinhard Kühnl: Vortrag im Gewerkschaftshaus München, 23. 11. 2000.

² Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 160

³ MEW 23, S. 189.

⁴ MEW 1, S. 365.

⁵ Thomas Hobbes: Leviathan, I, Kap. 13.

⁶ Reinhard Kühnl: Zur geschichtlichen Entwicklung der Menschenrechte, Vortrag vom 19. 11. 98, trend 6/99.

⁷ Ebd.

⁸ Reinhard Kühnl: Freiheit – Gleichheit – Bildung. Vortrag in der Reihe „Missing Links“ im WS 1998/99, Marburg

⁹ Carl Schmitt: Fünf Leitsätze für die Rechtspraxis, Berlin 1933

¹⁰ Zur geschichtlichen Entwicklung der Menschenrechte

¹¹ Informationen des Studienkreises Deutscher Widerstand, Nr. 54, November 2001.

¹² Kühnl: Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus, Reinbek 1971

¹³ Kühnl: Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, Marburg 1965, S. 59, S. 68-72. Kühnl bedauert, daß die Arbeiterbewegung sich scheute, dem Strasser-Flügel der NSDAP den Rücken zu stärken (S. 259). Sein Lehrer Abendroth hatte da keine Skrupel. Er trieb sich Ende der 20er Jahre in Faschistenkreisen herum. Marx teile, log Abendroth, keineswegs den „nationalen Nihilismus des kosmopolitischen Aufklärertums“. Die Deutschen waren für ihn „seit dem Vertrage von Versailles ein unterdrücktes Volk“ (siehe dazu Louis Dupeux: „Nationalbolschewismus“ in Deutschland 1919-1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München 1985, S. 285f). Abneigung gegen den völkischen Nationalismus der NSDAP scheint es nicht gewesen zu sein, was Abendroth veranlaßte, sich an politischen Aktionen gegen den NS-Staat zu beteiligen, für die er 1937 für vier Jahre ins Zuchthaus geworfen wurde und 1943 ins Strafbataillon 999 abkommandiert wurde. Noch nach dem Krieg wollte Abendroth den Nationalbolschewisten Ernst Niekisch in seine „Sozialistische Fördergemeinschaft“ integrieren und machte sich für dessen Anerkennung als Widerstandskämpfer stark (<http://www.dradio.de/cgi-bin/es/neu-lit-pol/570.html>). Otto Strassers „Schwarze Front“ hatte laut Abendroth ebenfalls „Widerstand“ geleistet (Wolfgang Abendroth: Das Problem der Widerstandstätigkeit der „Schwarzen Front“, in: VjhZG 8, 1960).

¹⁴ Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden, Art. 3, Zus. 1

¹⁵ Kühnl: Vortrag vor dem Jenaer Forum, 28. 8. 99

¹⁶ Ebd.

Ein umfassendes Bild der palästinensischen Gesellschaft

Interview mit Itamar Marcus, Direktor von Palestinian Media Watch Das Interview führte Jörg Rensmann

J.R.: Mr. Marcus, Sie sind Direktor von Palestinian Media Watch. Würden Sie uns allgemein etwas über Ihre Tätigkeit erzählen?

I.M.: Seit nun fünfeinhalb Jahren werten wir palästinensische Zeitungen und Videofilme aus, übersetzen wir palästinensisches Fernsehen und Signifikantes aus allen palästinensischen Schulbüchern. Unser Ziel ist, ein umfassendes Bild zu gewinnen von dem, was in der palästinensischen Gesellschaft vorgeht in Bezug auf Juden und den Friedensprozess. Wir lesen nicht nur Verlautbarungen von Politikern oder überhaupt Politisches, sondern alles, also auch die Sportberichterstattung, Kreuzworträtsel, Dichtung, sogar Filmrezensionen, um ein komplettes Bild der palästinensischen Gesellschaft zu bekommen in ihrem Verhältnis zu Israel und den Juden.

J.R.: Könnten Sie uns einige Beispiele nennen für die Unterstützung der palästinensischen Selbstmordanschläge durch die Autonomiebehörde, wie sie sich in deren Medien niederschlägt?

I.M.: Wir haben eine offene und explizite Glorifizierung der Selbstmordbomber in den offiziellen Medien. Nehmen wir zum Beispiel Wafa Idris, die erste weibliche Selbstmordattentäterin, die für palästinensische Frauen und Mädchen zu einem Symbol geworden ist gerade durch die Autonomiebehörde. Wir sahen Abbildungen junger Mädchen in der Zeitung, Mädchen, die aus der Schule herausgenommen wurden, um auf einem Gedenkmarsch Bilder von Wafa Idris mit sich zu führen und sie durch Gesänge zu ehren. Es gab ein Konzert, das zu Ehren von Wafa Idris stattgefunden hat. Dieses Konzert war im palästinensischen Fernsehen dreimal zu sehen; eine Sängerin besang Wafa Idris folgendermaßen: „Wafa, Schwester, Wafa, Schwester, Du wähltest den Tod und gabst uns das Leben, Du bist jetzt eine Blüte im Himmel ...“. Es war die völlige Glorifizierung eines weiblichen Selbstmordbombers.

Wir haben kleine Cartoons in den täglichen offiziellen Mitteilungen der Autonomiebehörde, die das „Heldenhafte“ des je zuletzt erfolgten Selbstmordanschlages behandeln und so weiter. Das geht kontinuierlich so.

All diese Artikel beziehen sich immer wieder auf den islamischen Begriff des Shahid, das ist eine Person allerersten Ranges in der gesellschaftlichen Hierarchie, eine Person der

höchsten Ehre in der islamischen Gesellschaft, und dieser Begriff wird bezogen auf die suizidalen Mörder.

J.R.: Eine Art Märtyrertum?

I.M.: Es geht darüber hinaus; in der islamischen Tradition steht ein Shahid nach dem Tode auf der höchsten Stufe zusammen mit den Propheten. Es geht nicht nur um Märtyrertum, es geht um mehr, es ist eine sehr, sehr mächtige religiöse Tradition, die andauert und sowohl den Erwachsenen wie den Kindern vermittelt, dass, wenn sie Israel bekämpfen, dabei sterben und zum Shahid werden, sie die höchsten Ehren nach dem Tode empfangen. Der Terror wird mit dem Begriff des Shahid automatisch zusammengebracht, über den Terror werden diese Leute zu Shahids, empfangen diese Leute im islamischen Denken Lohn und Anerkennung.

J.R.: Würden Sie sagen, dass es eine Verbindung zwischen Autonomiebehörde und den antisemitischen Mördern der Hamas und anderer Terrorgruppen gibt?

I.M.: Absolut. Viele der Selbstmordmörder waren von der Hamas, viele von den Al-Aksa-Brigaden, die eine Abteilung der Fatah sind, also Teil der PLO unter Arafat. Es ist eine Tatsache, dass die israelische Armee Dokumente über Spenden für die Al-Aksa Brigaden gefunden hat, unterzeichnet von Arafat. Es gibt eine sehr direkte Verbindung zwischen der Autonomiebehörde und den Selbstmordanschlägen der Hamas, aber mit Sicherheit auch zu denen der Al-Aksa-Brigaden.

J.R.: Was, denken Sie, ist das Hauptziel der gegenwärtigen Autonomiebehörde? Wäre sie mit der Gründung eines eigenen Staates überhaupt zufrieden oder gibt es dahinter ein anderes Ziel?

I.M.: Sie definieren der eigenen Bevölkerung gegenüber auf Arabisch, und das werden Sie auf Englisch nicht hören, die Verhandlungen und den gesamten Oslo-Prozess als einen Prozess zur Schwächung Israels, der Israel komplett zerstören soll. Es gibt die Aussage eines Ministers im palästinensischen Kabinett namens Abd El Aziz Shahian (der Budgetminister, J.R.), der in einer offiziellen palästinensischen Zeitung interviewt und folgendermaßen zitiert wurde: „Die Übereinkunft von Oslo sollte kein dauerndes, verbindliches Abkommen sein, sondern dazu dienen, einen festen Stand zu gewinnen, Fuß zu fassen. Seit-

dem ist Krieg auf deren Gebiet leichter zu führen als aus der Distanz heraus. Aber unsere Ziele bleiben die der Revolution von 1965.“ Die „65er-Revolution“ wurde ja initiiert, als die West-Bank und der Gaza-Streifen noch Teil von Jordanien und Ägypten waren. Die „65er-Revolution“ (d.i. die Gründungscharta der PLO, die dazu aufruft, Israel über den bewaffneten Kampf zu zerstören, J.R.) entwarf die PLO, um Israel zu zerstören. Der Minister sagte nichts anderes, als dass die Ziele nach wie vor die der 65er-Revolution seien, also explizit die Zerstörung Israels. Faisal Husseini (der ehem. Repräsentant der Autonomiebehörde für „Jerusalem-Angelegenheiten“, J.R.) sagte das ebenfalls in einem Interview, noch bevor er starb. Er sagte explizit, das Oslo-Abkommen sei ein Trojanisches Pferd, das war sein Begriff, ein Trojanisches Pferd, um hineinzukommen, Palästina würde vom Fluss bis zum Meer reichen. Die palästinensischen Repräsentanten definieren Oslo ihrer eigenen Bevölkerung gegenüber als eine Übereinkunft, um so viel Land zu bekommen wie immer möglich, um Israel durch den Konflikt so weit wie möglich zu schwächen. Sie diskutieren nun in ihren Medien als „Erfolg“ des Krieges, dass Israel unter ökonomischem Druck stehe; sogar dass sie mehr Leute verloren haben, stört sie nicht. Wichtig ist es, und das ist das ultimative Ziel, Israel zu schwächen, um es zu zerstören, um es zu eliminieren. Wir haben immer und immer wieder entsprechende Verlautbarungen politischer, akademischer und religiöser Führer ganz Palästinas. Dr. Muhammad Ibrahim Maadi, ein religiöser Führer der Autonomiebehörde, sagt immer wieder im Freitagsgebet, das vom palästinensischen Fernsehen übertragen wird: „Wir werden Haifa als Eroberer betreten, Jaffa als Eroberer betreten, Jerusalem als Eroberer, Ashkalon...“, er nennt alle israelischen Städte, und das ist es, was sie ihre Bevölkerung lehren, was zu geschehen habe.

J.R.: Welche Rolle in der palästinensischen Ideologie spielt der Judenhass?

I.M.: Eine signifikante, bedeutende Rolle der palästinensischen Ideologie; ich würde sagen, es ist nahezu der Hauptteil. Palästinenser haben keine Geschichte als Palästinenser, sie haben eine islamische Geschichte, eine arabische, aber es gibt keine genuin palästinensische Geschichte. Es ist eine Tatsache, dass

die Menschen bis 1948 gemeinsam mit den Juden Palästinas eine palästinensische Identität hatten. Es gibt keine Dokumentation einer palästinensischen Geschichte, um eine eigene Identität zu konstruieren. Der bedeutendste Anteil der palästinensischen Identität besteht aus Hass. Hass auf Israel, Hass auf die Juden; dies ist nahezu der dominierende Teil der palästinensischen Ideologie.

J.R.: Lassen Sie uns über 1948 reden. Können Sie mir etwas sagen dazu, wie präsent das Bild Al-Husseinis, des Mufti von Jerusalem, für die palästinensische Gesellschaft und für Arafat ist?

I.M.: Arafat hat Al-Husseini, den Alliierten der Nazis, kürzlich als einen Helden für die Massen bezeichnet. Die nationalistischen Führer, die aufgrund ihrer antijüdischen Ideologie Hitler nahestanden, werden nach wie vor verehrt und von der Autonomiebehörde idealisiert.

J.R.: Gibt es aktuelle Umfragen, aus denen hervorgeht, wie viele Palästinenser Israel komplett zerstören und keinen Frieden wollen?

I.M.: Die Mehrheit der Palästinenser will eigenen Umfragen zufolge die ultimative Zerstörung Israels als Ziel. Gewöhnlich wird die Bevölkerung das so nicht gefragt. Die Fragen aktuell beziehen sich auf den laufenden Konflikt; eine Umfrage von vor einer Woche seitens der Autonomiebehörde bezog sich auf die suizidalen Morde; 60% befürworten sie. Die überwältigende Mehrheit derjenigen da-

gegen, die die Mordanschläge ablehnen, tut dies nicht aus moralischen Gründen, sondern weil die Morde der palästinensischen Sache schaden. Nennen wir Hanan Ashrawi. Sie hat vor ein paar Monaten eine Petition unterzeichnet, die ein Ende der suizidalen Morde forderte (in der Zeitung Al-Quds, 19.6.2002, J.R.). Darin hat man die Anschläge nicht als prinzipiell falsch kritisiert. Im Gegenteil. „Militärische Aktionen sollten nur beurteilt werden in ihrer politischen positiven oder negativen Wirkung. Deshalb sind wir gegen Selbstmordanschläge“. Unter den 40% also, die gegen die Anschläge sind, ist ein signifikanter Teil allein aus taktischen Gründen dagegen. Wir haben eine überwältigende Anzahl von Palästinensern, die die suizidalen Morde befürwortet als taktisches Mittel zur richtigen Zeit.

J.R.: Können Sie etwas sagen zum Missbrauch von Kindern durch die Autonomiebehörde?

I.M.: Die Palästinenser ermutigen ihre Kinder dazu, in vorderster Frontlinie zu stehen. Sie haben sie indoktriniert, den Tod im Kampf gegen Israel als die höchste Erfüllung im Leben zu sehen. Wir haben zahllose Filme, die

sich auf den Begriff des Shahid beziehen, Filme, in denen zehn- bis elfjährige palästinensische Kinder, und insofern hat die Indoktrinierung zur Gefühllosigkeit bereits gewirkt, im Fernsehen Shahid als „süß“ bezeichnen, die sagen: „Ich will ein Shahid sein, ich will sterben für Allah“ und das als persönliches Ziel bezeichnen.

J.R.: In Deutschland leugnen die meisten Menschen und Medien die Verbindung antisemitischer Terrororganisationen wie Hamas und Al-Quaida untereinander.

I.M.: Die ideologischen Verlautbarungen etwa von Hamas und Al-Quaida sind identisch in Begriffen einer langfristig angelegten Ideologie. Hamas konzentriert sich mehr auf Israel, aber sowohl die Hamas wie die palästinensische Autonomiebehörde sprechen von einer



globalen islamischen Arbeit. Dr. Muhammad Ibrahim Maadi hat vor einem halben Jahr davon gesprochen, dass die Palästinenser als Allahs Soldaten an vorderster Front stünden in der Schlacht gegen den gesamten Westen. Danach bat er Allah, Israel, Amerika und Großbritannien zu zerstören. Die Palästinenser sehen den Krieg mit Israel als ersten Schritt, als Teilnahme an einer globalen islamischen Aufgabe, die zuletzt den gesamten Westen zum Islam bewegen soll. Dies sei vorherbestimmt, allenfalls eine Frage der Zeit und wenn sie entsprechend agierten, würden sie die Verpflichtungen erfüllen, die sich aus dem Dschihad ergeben.

J.R.: Wie beurteilen Sie den Antiamerikanismus der Autonomiebehörde?

I.M.: Jenseits dessen, was ich bereits ausführte, sieht sich die Autonomiebehörde in besonderer Nähe zum Irak. Sie betrachtet Saddam Hussein sogar als größeren Helden denn Arafat. Jüngste Umfragen belegen, dass Arafats Popularität nicht so groß ist wie die Saddams. Der Grund dafür liegt darin, dass die Leute sich an Saddam als an denjenigen erinnern, der Israel mit Scud-Raketen beschoss. Sie sehen bei Saddam nicht diese

für Arafat charakteristische Korruption. Laut dieser Umfrage unterstützen 62-70% der Palästinenser Saddam für dessen Konfrontation mit den USA; Arafat unterstützen nur 40%. Saddam ist eine sehr populäre Figur. Darum sind die USA der palästinensischen Autonomiebehörde so verhasst in Ergänzung zur gesamten übrigen islamischen Welt, die die USA hasst wegen des vergangenen Krieges gegen den Irak. Die Autonomiebehörde verdammt Amerika in ihren Verlautbarungen täglich aktuell wegen eines kommenden Krieges gegen den Irak.

J.R.: Wie waren die palästinensischen Reaktionen auf den 11. September?

I.M.: Wir haben über unseren Verteiler in den zwei Wochen vor dem 11. September mehr an anti-amerikanischem Material, wie es von den

palästinensischen Medien publiziert wurde, ausgesandt als in den gesamten zwei Jahren davor. Das war sehr auffällig. Das ist Teil einer gesamten, die USA hassenden Atmosphäre, die letztlich zum 11.9. geführt hat, auch wenn der 11.9. lange vorher geplant war. Es gab ein enormes anti-amerikanisches Ressentiment in der Autonomiebehörde. Das ist der Grund dafür, warum die Palästinenser auf den Straßen feierten, als das World Trade Center getroffen wurde. Dieser

Hass gegen Amerika hatte sich über Wochen, Monate und Jahre aufgestaut, so dass es normal war, dass die Leute den Angriff auf Amerika feierten.

J.R.: Die Bilder feiernder palästinensischer Bevölkerung sind durch die Autonomiebehörde zensiert worden?

I.M.: Das ist richtig, sie wurden von der Behörde zensiert. Die Journalisten, die sie aufgenommen hatten, wurden eingesperrt. Wir haben noch ein paar Bilder. Die Freudentänze waren kein isoliertes Phänomen, sondern zeigen über Jahre vorhandenes Denken. Ein paar Wochen nach dem 11. September veröffentlichten wir einen Bericht: „Palästinensischer Hass gegen Amerika von 1997 bis 2001“. Wir dokumentierten den Hass, indem wir zeitlich ein bisschen zurückgingen. Er erwies sich als durchgängig und sehr stark.

Das Interview wurde am 14.01.2003 im Jüdischen Museum Berlin geführt.

Palestinian Media Watch:

<http://www.pmw.org.il/>

Inhalt

Editorial	2
Intifada an der Uni	5
Es denkt: Lyrik von Maria Sporrer	6
Jean Améry: Der ehrbare Antisemitismus	7
Am deutschen Biertisch - Special Guest bei Frau Sporrer: Reinhard Kühnl	9
Theodor W. Adorno: Studien zum autoritären Charakter (Auszug)	10
Die neue Volksfront - ein deutscher Professor entdeckt „das Problem Israel“	11
Ein umfassendes Bild der palästinensischen Gesellschaft (Interview mit Itamar Marcus)	14

